

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einfache Standardzeile 80 Pfennig, Restausgabe 5.- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 19. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Leistungssteigerung ohne Lohnerhöhung bedeutet Wirtschaftskrise.

Heute beginnen im Ruhrbergbau Verhandlungen zwischen den Organisationen der Bergarbeiter und den Zechenbesitzern des Ruhrkohlengebiets.

Von allen deutschen Industrien zuerst hat man im Ruhrbergbau die sogenannte Rationalisierung begonnen.

Durch diese Zusammenlegung hat man zunächst eine künstliche Herabsetzung der Kohlenförderung erzeugt.

dah sie nicht nur die Kohlenförderung in den Nachkriegsjahren wieder erreichte, sondern sogar noch überschritt.

Während im Ruhrgebiet die arbeitsmäßige Förderung in 1000 Tonnen berechnet im Jahre 1913 durchschnittlich 378,6 betrug

Bis zum März war also infolge der eingangs erwähnten Maßnahmen die Förderung ganz erheblich herabgedrückt worden.

In diesen Zahlen kommt aber die Leistungssteigerung nicht vollkommen zum Ausdruck.

Im Juni 1926 betrug die Belegschaft des Ruhrkohlenbergbaus nur mehr 366 382 Personen.

Vergleicht man aber die Förderung mit der von 1913, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with 3 columns: Year, Tonnage, Percentage. Rows for 1913, 1924, 1925, 1926 (Januar, Februar, März, April, Mai).

Die Leistung der Ruhrbergarbeiter ist also absolut wie relativ ganz erheblich gestiegen.

Die Zechenbesitzer haben immer, ohne Rücksicht auf die Folgen für das Ruhrgebiet selbst und für die Bergarbeiter im besonderen,

Table with 5 columns: Year, Deutscher Bergb. u. Hüttenw. V. G., Harpener Bergw. u. Hüttenw. V. G., Belsenf. u. Hüttenw. V. G., Wälheimer Bergw. u. Hüttenw. V. G.

Wie man sieht, hatte sich der Ruhrkohlenbergbau trotz der verschiedenen ungünstigen Umstände, die auf dem Kohlenbergbau lasten,

Die Rationalisierung, die im Ruhrkohlenbergbau begonnen wurde, war eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Sie ist aber nur dann durchführbar, wenn mit der Leistungssteigerung einhergeht eine Steigerung der Löhne und somit der Kaufkraft.

Dieser Prozeß hat sich vor dem Kriege in normalen Formen vollzogen. Es ist der Arbeiterschaft gelungen, die technischen Fortschritte durch entsprechende Lohnerhöhungen, wenn auch nur teilweise auszugleichen.

zurückzuführen. In oppositionellen Kreisen wird erklärt, daß Windischgräß, der angekündigt hatte, in der Beruungsverhandlung

Der Enthüller Esküdt verurteilt.

Budapest, 18. August. (W.B.) Der Staatsgerichtshof verurteilte heute den ehemaligen Privatsekretär des verstorbenen

Belgien und Eupen-Malmedy.

Dementi offizieller Verhandlungen.

Brüssel, 18. August. (Agence Belge.) Die belgische Regierung stellt formell die Weidung der Pariser „New York Herald“

Kontinentale Weltbewegung.

Panamerika — Panasien — Panuropa.

Von R. R. Coudenhove-Kalergi.

Das Jahr 1926 ist ein Entscheidungsjahr in der Geschichte der kontinentalen Bewegung

Denn im Jahre 1926 finden drei kontinentale Kongresse von Weltbedeutung statt:

Der Panamerikakongreß fand als Zentenarfeier des ersten panamerikanischen Kongresses statt.

Dieser panamerikanische Kongreß des Jahres 1926 war nicht der Beginn, sondern der Vorläufer der panamerikanischen Bewegung.

Diese Bewegung entwickelte sich langsam. Die Ursache liegt in der relativ dünnen Bevölkerung der amerikanischen Republiken.

Dennoch hat der panamerikanische Gedanke des Friedens und der Solidarität im 20. Jahrhundert einen größeren Zusammenstoß

Das Ergebnis des letzten Panamerikakongresses in Panama war der Beschluß zur Schaffung eines von Genf unabhängigen panamerikanischen Völkerbundes.

Dieser Panamerikakongreß bildet eine neue Etappe auf dem Wege der kontinentalen Emanzipation Amerikas.

Während die panamerikanische Bewegung konservativen und pazifistischen Charakter trägt — ist der Charakter der panasiatischen Bewegung nationalistisch und revolutionär.

Ihr Ziel ist die Freiheit der asiatischen Völker und ihre internationale Gleichberechtigung mit Europäern und Amerikanern.

Da Asien kulturell und historisch von mehreren Kontinenten besteht — Indien, Vorderasien, China, Japan,

Das erste Aufkommen des panasiatischen Solidaritätsgefühls wurde ausgelöst durch die japanischen Siege gegen Rußland.

Dieses Gefühl wuchs während des Weltkrieges, als Europa weltpolitisch Selbstmord beging

Der größte Vorkämpfer des panasiatischen Gedankens war Sunjatsen, der Befreier Chinas.

Infolge der Schwächung Chinas ging seit dem Tode Sunjatsens die Initiative der Bewegung auf Japan über.

Das erste praktische Ergebnis dieser Bemühungen ist der erste panasiatische Kongreß, der dieser Tage in Tokio stattfand

Dieser Kongress führte zu heftigen Kontroversen zwischen Chinesen und Japanern. In diesem Gegensatz liegt für Panasien die gleiche Gefahr und Schwierigkeit, wie für Panamerika im Gegensatz zwischen Lateinern und Angelsachsen, in Panuropa zwischen Deutschen und Franzosen: aber gerade aus der Entfernung erkennen wir, wie sinnlos diese Rivalitäten sind, wo es sich um ein gemeinsames Ziel handelt. Der panasiatische Kongress kann zu einem historischen Ereignis in der Geschichte Asiens werden, wenn die Führer der Bewegung es verstehen, die Gegensätze auszugleichen, nichts zu überheben die Machtverhältnisse richtig einzuschätzen und die Völker auf ihre künftige Mission vorzubereiten.

Panamerika ist konservativ; Panasien ist revolutionär; Panuropa ist evolutiv.

Sein Ziel ist der schrittweise Umbau des europäischen Staatensystems in eine föderative Einheit. Der Weg dahin ist die Prüfung aller politischen und wirtschaftlichen Einzelprobleme und die gleichzeitige Umwandlung der öffentlichen Meinung, der höchsten Instanz europäischer Politik.

Als ideales Ziel, als Traum von Dichtern und Denkern, ist Panuropa Jahrhunderte alt; als politisches Programm und politische Bewegung entstand es erst nach dem Weltkrieg durch die Gründung der Paneuropäischen Union im Jahre 1923.

Seither entfaltet Panuropa in allen europäischen Staaten eine rege Propaganda. Die Bewegung hat sich zu einer Massenbewegung entwickelt, die mit erstaunlicher Geschwindigkeit um sich greift. Führende Politiker, Schriftsteller und Wirtschaftsführer bekennen sich heute zu Panuropa, Bücher, Broschüren und Artikel befassen sich überall mit dieser Frage, die jeden Europäer unmittelbar betrifft.

Die Paneuropäische Union hat sich in einer Reihe europäischer Staaten organisiert. In Deutschland führt Löbe, in Frankreich Herriot, in Österreich Seipel, in der Tschechoslowakei Schuster, in Belgien Destré das Präsidium.

Diese Union ist die Organisationsform der Bewegung, deren Ziel der dreifache Abbau der europäischen Zwischengrenzen ist: der strategischen durch ein obligatorisches Schiedsgericht; der wirtschaftlichen durch eine Zollunion; der nationalen durch Minoritätenschutz. Dieses dreifache Programm sichert allen Europäern Frieden, Wohlstand, Freiheit.

Panuropa ist gegen keinen anderen Kontinent gerichtet. Seine Feinde sind der Krieg, das Elend und die Leute, die diesen beiden Feinden Europas aus Blindheit oder Egoismus Vorkauf leisten.

Der erste Paneuropäerkongress, der vom 3. bis 6. Oktober in Wien stattfindet, wird die erste große Kundgebung des europäischen Einigungswillens sein. Er bildet in gewissem Sinne die Antwort auf Panamerika und Panasien.

Diese kontinentalen Bewegungen bergen analoge Gefahr in sich wie einst die nationalen. Sie müssen sich vom Anfang an davor hüten, vom Imperialismus mißbraucht zu werden. Darum ist es gut, wenn sie sich innerhalb der Weltorganisation entfalten können und nicht gegen sie. Darum ist Genuß als Gegengewicht gut. Aber es muß sich so verändern, daß es von diesen völkerpsychologischen Strömungen Kenntnis nimmt, statt es sich ihnen zu verschließen. Es muß sich gliedern und muß bei dieser Gliederung besondere Rücksicht nehmen auf Weltmächte, die mehr als einen Kontinent umfassen, wie das Britische Reich und die Sowjetunion. Nur so kann die kontinentale Weltbewegung zum Frieden führen!

Treu deutsch allewege! Vor allem im Schwindeln.

Als kürzlich angekündigt wurde, daß Reichsdeutsche in Amsterdam eine Verfassungsfeier veranstalten und daß dazu Reichspräsident Löbe erscheinen wolle, begleitete das

Herr Urian auf Reisen.

Von Hermann Bäcker, Eisenach.

„Wissen Sie,“ sagt er, „neulich habe ich einen Kieferspaß gehabt.“

„Was ist das?“
„Also ich gerate gerade zufällig in ein Abteil, in dem so eine Horde deutscher Heidenjünglinge im Fastnachtskostüm und zigarettenrauchend gerade wieder mal im Begriff ist, siegreich Frankreich zu schlagen.“ Nachdem sie damit vermöge ihres gemäßigten Wund-aufstehens fertig geworden sind und ich inzwischen meine republikanische Minderwertigkeit still in eine Ecke gedrückt habe, geht die Unterhaltung los.

„Anfänglich kümmerete ich mich wenig um ihr Gerede, zumal ich auch in die „Wahrheit“ vertieft bin und mir den Aufmarschplan des Reichsbanners (natürlich reine Wahrheit) zu Gemüte führe.“

„Bis dann so einzelne Worte des erzählenden Haupthelden mich aufhorchen lassen. Ich angle nach dem Bleistift und notiere auf dem Zeitungsrand: Schlamassel, Schmu, mogeln, Dalles, meschugge, Roos, schofel, Pleite, Schmus.“

Das langt.

„Run greife ich vorsichtig in die Debatte ein; schöne Erinnerungen, große Zeit, Wehrhaftmachung der Jugend, Rüst heute, Sammel-lappen die Linzer, fff Margiten — Juden — Heiffa! das war das Stichwort! Run proflells. Das ganze Feuerwerk des Antisemitismus pufft explodierend in den Zigarettenqualm. Ich komme erst wieder zu Worte, als schon einige Großbanken zusammengehauen sind.“

„Ja, sage ich, „wir sind alle verfeucht; wenn schon Ludendorff —“ „Quatsch mit Ludendorff! (sollte mir einfallen, denke ich) — wir sind rafferein.“

„Es tut mir leid, nach der Unterhaltung, die Sie vorhin führten, genau das Gegenteil annehmen zu müssen.“

„Fragende Augen in bedrohlich verfinsterten Gesichtern.“

„Ich schaue auf meinen Zeitungsrand.“

„Sie sprachen von Schlamassel?“ Er nickt. „Na, halten Sie sich ein bißchen an der Rückenlehne fest. Das Wort stammt aus dem Latein und heißt soviel wie Unglück.“ Er sieht ein wenig verärgert aus.

„Im Zusammenhang mit den Kriegslieferanten gedachten Sie dann die Wörter „Schmu machen“ und „mogeln“.“

„Schmu bezeichnet daselbe wie das Wort „Rebbach“, dessen Herkunft Ihnen sicher nicht zweifelhaft ist. Der Ausdruck „mogeln“ aber mit dem „Rebbach“ zusammen. Das ist der Chirurg, der bei den Juden die Beschneidung vollzieht.“

Er wird blaß —

„Ich habe mir dann hier aufgeschrieben: „Dalles“, „Roos“ und „Pleite“. Dalles ist das hebräische dasah gleich Armut, Roos

die „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin mit folgender „Agener Draht-meldung“ aus Amsterdam:

„Am 11. August wird Herr Reichspräsident Löbe in Amsterdam für das dort dieser Tage gegründete Reichsbanner sprechen. Er kündigt eine offizielle Audienz an, die allerdings in einer Kneipe höchsten Ranges in dem Viertel der Seelente-Prostituierten stattfinden wird.“

Die Absicht dieser Meldung liegt so klar zutage, daß wir darüber kein Wort zu sagen brauchen. Die „Deutsche Tageszeitung“ trägt als Motto an ihrem Zeitungskopf die Worte „Für das deutsche Volk! Für deutsche Art!“ Wenn aber Deutsche sich in Holland zusammensuchen, um für ihre Heimat zu zeugen, so werden sie dafür in demselben Blatt „für deutsche Art“ beschimpft!

Setzt man das Agrarierblatt in dessen eine Berichtigung von dem Inhaber des Hotels bringen, in dem die Verfassungsfeier stattfand, muß feststellen, daß dieses Hotel nicht eine Kneipe höchsten Ranges sei und nicht im Viertel der Seelente-Prostituierten liege. Das Hotel „Union“ sei vielmehr das Vereinslokal des deutschen Gesangsvereins „Liederkrantz“ und des „Deutschen Werkmeisterbundes“ und erzeuge in weiten deutschen Kreisen Amsterdams sich eines guten Rufes.

Wenn das Agrarierblatt von Arbeiter- und Angestelltenfragen auch nur einen kleinen Schimmer von Kenntnissen hätte, müßte es wissen, daß der Deutsche Werkmeisterbund eine „Christlich-nationale“ Organisation ist. In Ankenntnis dieser Tatsache aber leistet es sich im Anschluß an die Berichtigung folgende neue Fregelei:

„Wir glauben gern, daß sehr Hotel in Kleinbürgerlichen und Arbeiterkreisen einen guten Ruf hat. Unser A.-Korrespondent wollte lediglich darauf hinweisen, daß diese Gastwirtschaft klein und unansehnlich ist. Sie liegt in der äbelberühmtesten Gegend ganz Amsterdams. Das zuständige Polizeirevier, das gleichfalls seinen Sitz unmittelbar in der Nähe des Hotels hat, gilt als das gefährlichste der ganzen Stadt. Wir glauben gern, daß in dem diesbezüglichen Lokal inmitten des Sumptes eine edle schwarzrotgoldene Kasse blüht und daß das Reichsbanner und Reichspräsident Löbe sich dort sehr behaglich gefühlt haben.“

Wir hängen diese Lämmelei gegen die im Auslande lebenden Deutschen nur niedriger. Man kann aus ihr erkennen, wie hochmütig die Agrarier über „Kleinbürger“ und „Arbeiterkreise“ urteilen und wie gut die Süßlichkeitsapostel von den Landbundtagungen über die Viertel der Prostitution sogar in Amsterdam unterrichtet sind: „Für deutsche Art!“

Das staatsgefährliche Reichsbanner.

Weisheit eines schwarzweißroten Oberbürgermeisters.

Mülheim a. Rh., 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners hat die Absicht, am 4. und 5. September d. J. eine Bannerweihe zu veranstalten. Der Vorsitzende setzte die Stadtverwaltung davon in Kenntnis und ersuchte um Freigabe des Stadt gebörenden Rahlensbergs, den der Bismarkturm krönt, zur Abhaltung einer republikanischen Kundgebung. Darauf gab der Oberbürgermeister folgenden Befehl:

„Ich erhielt Ihre an die Stadtverwaltung gerichtete Zuschrift vom 12. August d. J. bedauere aber, Ihnen mitteilen zu müssen, daß die Stadtverwaltung für eine politische, auf eine Aenderung der Grundlagen unseres staatlichen Lebens abzielende Kundgebung wie die vor dem Bismarkturm beabsichtigte, ein städtisches Grundstück nicht zur Verfügung stellen kann. Mit Rücksicht auf die erwähnte politische Tendenz der Veranstaltung ist auch die Bauabteilung nicht in der Lage, die ihr ausgedrückten Wünsche zu erfüllen.“

Der Herr, der den Umsturz der Staatsgrundlage durch das Reichsbanner verhindern will, entblödet sich nicht, jedem Kriegervereinsrummel zu präsidieren, kaiserliche Prinzen feierlich zu begrüßen und bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit seine schwarzweißrote Gesinnung zu demonstrieren. Nur während der Befestigungszeit war er im Verkehr mit den französischen Militärs äußerst konziliant. Dem Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß er als einziger Oberbürgermeister im Industriebezirk der Ausweisung entgehen

kommt als mees oder mäs (Mehrzahl von meo gleich Pfennig) in der Michna vor, Pleite ist unmittelbar vom hebräischen pleto abzuleiten.“

Und bläßer —
„Schließlich nannten Sie Ihren Nachbarn „meschugge“ und Ihr Gegenüber „schofel“, als er keine Zigarette herausdrücken wollte. Schofel heißt hebräisch niedrig und meschugge ist das Partizipium von dem hebräischen Zeitwort lug, das abweichen bedeutet.“

Er nickt sichtbar zusammen.

„Und nun sagen Sie mir nicht zu mir wie vorhin zu Ihrem Kameraden: Nach keinen Schmus; denn auch damit haben Sie nur den hebräischen Plural schmuah „verdeutsch“, in der Uebersetzung Nachricht oder Geschichte.“

Es ist still geworden im Kreise der dunkelhaarigen Teutonen. Der Zug läuft eben ein und die Türklinke schon in der Hand wende ich mich noch einmal um: „Wissen Sie übrigens, wozu man diese und ähnliche Ausdrücke, die Ihnen so geläufig über die raffereine Zunge gingen, rechnet?“

Zur Gauner-sprache.“
Und verschwand vor ihren Augen im Gewühl der dem Ausgang zuströmenden Reisenden.

Entdeckungsfahrt ins Burgenland.

Als ich drei Tage lang keinen einzigen wandernden Fremden, nicht einmal einen Reichsdeutschen getroffen hatte, beschloß ich, den reichsdeutschen Zeitungslesern davon zu erzählen. Denn ein Gebiet ständiger völkischer Gegensätze ohne völkischen Kampf verdient unser Interesse.

Ja, es klingt fast wie ein Märchen: Ich kam durch rein kroatische Dörfer, durch Städte mit magyarischer Mehrheit, durch Ortshäuser, in denen Christen und Juden sich die Waage hielten, sah drei Gotteshäuser, drei Schulen, drei Friedhöfe nebeneinander in einer Gemeinde — und noch nirgends Spuren des aufreizenden Kampfes zwischen den völkischen Gruppen.

Ein Blick auf die neue Karte zeigt, welche Schwierigkeiten der hat, der wie ich vom Süden her in das österreichisch gewordene Burgenland einbringen will. Denn die Ungarn haben ihr westliches Grenzgebiet vernachlässigt, vor allem seinen Ansehluß an das österreichische Verkehrsnetz verhindert. Zu Fuß auf meist elend schlechten Feldwegen stiebt man hinein — und steht unverfehrend schon an der neuen ungarischen Grenze, deren Verlauf den Eindruck macht, als habe sie ein Tollhändler gezogen. In, an einer Stelle wird das burgenländische Gebiet bis auf 5 Kilometer Breite verengt! Keine Bahn, keine halbwegs fahrbare Landstraße durchzieht das Gebiet in der Längsrichtung. Und doch sieht es im äußersten Süden noch an einen Zipfel jugoslawischer, im Nordosten an tschechoslowakisches Gebiet. Ob das Zufall ist, dieser Korridor zwischen den Verbündeten der Neimen Entente, der in Versailles-St.-Germain nicht durchzuweisen war und dann eben so gemacht wurde?

Abgabegebiete sind von ihren Quellen getrennt, und beide ver-kümmern; bloß weil man nationalstaatliche Grenzen ziehen wollte!

konnte. Von seinem Kampfesmut zeugt auch die Tatsache, daß er bei den kommunistischen Wirren nach dem Kapp-Putsch durch ein Kellerfenster des Rathauses das Weite suchte und es seinen Beigeordneten neidlos überließ, für das Wohl und Wehe der Stadt zu sorgen. Gegen den Entschluß ist selbstverständlich Protest eingelegt worden.

Schwarzrotgold in Pommern.

Aufmarsch des Reichsbanners.

Aus Stettin wird uns geschrieben:
In drei Städten der Provinz — Stettin, Stralsund und Belgard — war das Reichsbanner in Pommern am letzten Sonntag aufmarschiert. Unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung fanden Kundgebungen zur Feier des Verfassungstages statt. Es zeigte sich, daß der Zustrom der Massen des Volkes zu den Kundgebungen des Reichsbanners noch weit stärker war als in den vergangenen Jahren. In Stettin bot am Sonnabend abend ein Fadelzug einen glänzenden Anblick. Zehntausende umfäumten die Straßen, durch die sich der Zug des Reichsbanners bewegte. Am Sonntag hatten sich auf dem Marktplatz an der Grünen Schanze etwa zwanzigtausend Teilnehmer und Zuhörer eingefunden. Hier begrüßte der Oberpräsident der Provinz Pommern Lippmann das Reichsbanner und schloß mit einem Bekenntnis zur demokratischen Verfassung der deutschen Republik. Der Regierungspräsident Dr. Höhne war nicht erschienen, hatte auch keinen Vertreter entsandt und es nicht einmal für nötig gefunden, auf die Einladung zu antworten! Polizeipräsident Fenne sprach als Reichsbannerkamerad und sand treffende Worte, um den Willen zur Einheit unter den republikanischen Volksgenossen zu betonen. Als Festredner sprachen dann noch Studienrat Dr. Müller, Potsdam und der Gauvorsitzende, Landtagsabgeordneter Hartwig.

In Stralsund waren aus ganz Vorpommern Tausende aus allen Schichten der schaffenden Stände zusammengeströmt, um das Banner der deutschen Republik durch die Straßen zu tragen. Der Regierungspräsident hatte einen Vertreter entsandt, Stadbehörden waren nicht vertreten. Als Festredner sprachen hier der Reichstagsabgeordnete Stelling, Berlin, der zweite Gauvorsitzende des Reichsbanners Rechtsanwalt Dr. Berndt, Stettin und der Gau-sekretär Bolla. — In Belgard, in der südlichsten Ecke Pommerns, trafen sich die Republikaner in starker Anzahl. Auch in Hinterpommern ist das Reichsbanner eine starke Macht geworden. Als Festredner sprachen hier der Reichstagsabgeordnete Georg Schmidt, Berlin, das Gauvorstandsmitglied Drewelow und der Kamerad Nicolai, Stettin. Diese Aufmärsche des Reichsbanners und die Kundgebungen haben bewiesen, daß der Wille zur Einheit der republikanisch gesinnten Schichten des schaffenden Volkes in Pommern im erfreulichen Wachsen begriffen ist.

Der spionierende General.

Frankreich hat Beweise gegen Gajda.

Prag, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Strafuntersuchung gegen den abgelehnten Generalstabschef Gajda auf Verlangen der französischen Regierung eingeleitet worden ist. Die französische Regierung befiel angeblich einwandfreies Material darüber, daß Gajda für Rußland gegen Frankreich spionierte hat.

Der Abbau der Sichelwerkmittel. Bereits in Europa weilenden Nordamerikanern ist die Einreise über die deutsche Westgrenze, und zwar über Bentheim, Wachen, Rehl und Basel auch ohne Sichelwerkmittel gestattet, und zwar bis zum 31. Oktober.

Proteststreik in Tanger. In Tanger ist die Bevölkerung zum Protest gegen die Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit in einen Streik eingetreten. Omnibusse und Droschken verkehren nicht. Die Geschäfte sind geschlossen. In Flugblättern wird die internationale Verwallung von Tanger in der schärfsten Form angegriffen.

Und doch sind innerhalb jedes Staatsgebietes Inseln mit fremder Mehrheit geblieben. Seit Jahrhunderten leben hier Magyaren und Deutsche mit Zigeunern, Juden und Kroaten friedlich beieinander: erst unserer Gegenwart war es vorbehalten, das Nationalitätenprinzip zu entdecken und Staatsgrenzen nicht zunächst nach den wirtschaftlichen Lebensinteressen der Landeseinwohner, sondern nach der Sprachzugehörigkeit zu bestimmen.

In einer welligen Landschaft erheben sich auf Felsbergen gewaltige Ritterburgen. Hier standen römische Kastelle, hier brachen sich die ersten Wellen der Völkerwanderung, hier wurden die Ungarn, die Türken zurückgeworfen, nur auf Burg Güssing zeigt die Wetterfahne noch den Halbmond. Und jetzt liegt das Land und wartet. Möge die österreichische Verwaltung mit geschickter Hand diesen einzigen „Kriegsgewinn“ pflegen. Rudolf Zweg.

Ein Theaterat in Dänemark. Der dänische Justizminister Steinde hat einen Theaterat gebildet, der zu Beginn der neuen Spielzeit sein Amt antreten soll. Dieser Ausschuss, dem je ein Vertreter der dänischen Dramatiker und Reueverfasser, zwei Vertreter der Schauspielerei und ein Vertreter der Privattheaterdirektoren angehören, soll das Recht haben, Klagen über die Theaterleitungen dem Ministerium direkt zu unterbreiten und über die Rechte der Dramatiker und Schauspieler zu wachen. Ferner soll er dem Ministerium Vorschläge über Vergütung und Entziehung von Theaterkonzessionen machen. In den Kreisen der Dramatiker und Schauspieler wird diese neue Einrichtung lebhaft begrüßt. Dagegen ist den Theaterdirektoren naturgemäß diese Kontrollstelle sehr unangenehm, und sie haben deshalb bisher die Ernennung eines Mitgliedes für den Theaterat abgelehnt. Die radikalsten unter ihnen spielen sogar mit dem Gedanken, die Theater als Protest gegen die Maßnahmen des Ministeriums so lange geschlossen zu halten, bis die Rechte des Theaterrates nach ihren Wünschen abgeändert sind.

Die „Wildente“ mit Rolf und Toni von Eid. Wie wir erfahren, bringt Direktor Robert in der Tribüne als zweite Reinszenierung der nächsten Spielzeit Wiens „Wildente“ zur Aufführung. Den Hjalmar Udal spielt Alexander Wolff, die Hedwig gibt Toni von Eid.

Konzerte. Im kommenden Winter finden wieder sechs große Sinfoniekonzerte unter Leitung von Generalmusikdirektor Bruno Walter statt. Die Ausgabe der Abonnements an die Enden von Berggipfeln ist schon begonnen. Edwin Fischer veranstaltet im kommenden Winter einen Konfals von vier Beethoven-Abenden im Abonnement. Karten für alle vier Abende zusammen sind bereits bei Hofe & Hof und Wertheim, Leipziger Straße, erhältlich.

Musikprofessor Carl Fuchs gestorben. Gestern starb in Weimar der bekannte Musikpädagoge und Musikprofessor Carl Fuchs. Der Künstler war langjähriger Leiter und Direktor des städtischen Konservatoriums zu Rannbrunn und hat sich in den letzten Jahren durch zahlreiche Neubearbeitungen in der Musikliteratur besonders verdient gemacht.

Ein römisches Grabmal aus dem 4. Jahrhundert n. Chr. wurde bei Ausgrabungen in Neustadt a. O. zutage gefördert. Auf der außerordentlichen Einzelplatte sind eine Anzahl hässlicher Darstellungen zu erkennen. Wahrscheinlich wurde ein Altar gelehrt, der die Figur des Gottes Merkur trägt. Deutsche Forschungsreise nach Tibet. Der bekannte deutsche Tibetforscher Walter Slöchner hat sich entschlossen, eine neue wissenschaftliche Expedition auszurüsten, die bereits zu Beginn des kommenden Jahres ab-ziehen wird.

Prozess Görtner.

Erklärungen der bayerischen Regierung.

München, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Am 29. Juli hat die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages in einer kurzen Anfrage von der bayerischen Regierung auf dem raschesten Wege eine vollständige Klärung über die in der Öffentlichkeit erhobenen schweren Vorwürfe gegen bayerische Polizei- und Justizbeamte, insbesondere gegen den bayerischen Justizminister Dr. Görtner gefordert. Die Regierung, gezeichnet Dr. Heib, hat jetzt unter dem 12. August folgende Antwort an die sozialdemokratische Fraktion erteilt:

„Wegen der vom Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi gegen den bayerischen Staatsminister der Justiz in der Öffentlichkeit erhobenen schweren Vorwürfe, hat der Herr Staatsminister der Justiz unter dem 20. Juli die Strafverfolgung des Reichstagsabgeordneten Dr. Levi und des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“ wegen Beleidigung nach dem § 185 und folgende des Reichsstrafgesetzbuchs beantragt. In dem zu erwartenden Strafverfahren werden die gegen den Herrn Justizminister erhobenen Vorwürfe eine gerichtliche Klärung finden. Die bayerische Regierung ist nicht in der Lage, diesem Verfahren in irgendeiner Weise vorzugreifen. Sie hat aber den beteiligten Stellen durch Vermittlung des preussischen Justizministers ihr großes Interesse daran zu erkennen gegeben, daß die gerichtliche Erledigung der Angelegenheit nach Möglichkeit beschleunigt werde.“

Was die gegen bayerische Justizbeamte erhobenen Vorwürfe anlangt, so hat sich in keinem der wegen politischer Morde in Bayern eingeleiteten und durchgeführten Verfahren bisher irgend ein Anlaß zu einem strafrechtlichen oder disziplinarischen Einschreiten gegen bayerische Justizbeamte wegen einer mit diesen Verfahren zusammenhängenden Amtshandlung ergeben. In bezug auf die gegen bayerische Polizeibeamte im Zusammenhang mit den in Frage stehenden Verfahren erhobenen Vorwürfe ist festzustellen, daß die umfassensten Erhebungen in den verschiedenen Verfahren keinerlei Grundlagen gebracht haben, die ein strafrechtliches Einschreiten gegen bayerische Polizeibeamte ermöglichen würde. Die neuerlichen Behauptungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Levi haben im übrigen den Staatsanwalt beim Landgericht München I veranlaßt, die in Frage kommenden Vorfälle nochmals eingehend zu prüfen.“

Die Antwort der bayerischen Regierung an die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages nimmt Bezug sowohl auf den Fall Görtner als auch auf den Gesamtkomplex der Vorwürfe, die im Gemeinderichtsausschuß des Reichstags wie auch in der Öffentlichkeit gegen bayerische Beamte im Zusammenhang mit den politischen Morden in Bayern erhoben worden sind. Es ist streng zu trennen, zwischen dem, was diese Antwort über den Fall Görtner und dem, was sie im allgemeinen sagt. Was den Fall Görtner anbelangt, so wird das von der bayerischen Regierung gewünschte beschleunigte gerichtliche Verfahren sehr bald stattfinden. Eine erste verantwortliche Verantwortung des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“ hat am Mittwoch bereits stattgefunden. In der kommenden Hauptverhandlung wird in vollem Umfang der Wahrheitsbeweis für die gegen den bayerischen Justizminister erhobenen Beschuldigungen angetrieben werden. Auf alle Fälle wird diese Verhandlung Klarheiten bringen, die in Bayern bisher fehlten. Es wird dann Sache der bayerischen Regierung sein, Konsequenzen aus dem Gange der Verhandlung zu ziehen.

Wenn die bayerische Regierung erklärt, daß sich in keinem der wegen politischer Morde in Bayern eingeleiteten und durchgeführten Verfahren bisher irgendein Anlaß zu strafrechtlichem oder disziplinarischem Einschreiten gegen bayerische Justizbeamte ergeben habe, so ist dies angesichts der politischen Haltung des bayerischen Justizministeriums nicht verwunderlich.

Die bayerische Regierung geht schließlich auf Beschuldigungen gegen bayerische Polizeibeamte im Zusammenhang mit dem in Frage stehenden Verfahren ein. Es muß festgestellt werden, daß den Amtshandlungen der bayerischen Polizeibeamten im Falle Hartung sowohl vom „Vorwärts“ als auch vom Genossen Levi alle Anerkennung gezollt worden ist, ebenso der Arbeit der Ermittlungsbeamten im Falle Schweikart. Die Erklärung der bayerischen Regierung ist ein Hinweis auf den Kriminalkommissar Glaser. Es ist ein Erfolg der öffentlichen Erörterung, daß die bayerische Staatsanwaltschaft die Vorgänge nochmals prüft. Mit dieser Angelegenheit, mit der Frage, woher Schweikart, der Mörder des Genossen Gareis, seine falschen Pässe erhalten hat, welche Beziehungen zwischen Einwohnerwehr und Polizei, zwischen Gemeinderichtsausschuß des Reichstags in seiner kommenden Tagung sehr gründlich befaßt.

Keine Neuwahlen in Hessen?

Die Folgen der Fälschungen beim Volksbegehren.

Darmstadt, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Der hessische Landesabstimmungs-ausschuß ist seit acht Tagen bei der Arbeit, um die Einzeichnungslisten zum Volksbegehren zur Auflösung des hessischen Landtages zu prüfen. Die von dem Ordnung- und Wirtschaftsausschuß, der sich aus der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei und dem Hessischen Landbund zusammensetzt, eingereichten Listen haben bis auf wenige nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden. Es fanden sich auf diesen Listen meistens unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschwindelt. Außerdem waren bei vielen Namen die Rubriken durch Striche ausgefüllt, obwohl das hessische Gesetz klare Bestimmungen darüber enthält, daß der Einzelnachname alle Angaben zu vollziehen hat. Der Ausschuss glaubte deshalb eine klare Entscheidung nicht fällen zu können, ohne die Auffassung eines Juristen gehört zu haben.

Der Ministerialdirektor des Justizministeriums Dr. Schwarz erlaubte am Mittwoch über alle Streitfragen ein derartiges juristisches Gutachten und kam zu der Auffassung, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht in der von dem Landesabstimmungsrichter Ministerialrat Bornemann geübten weitherzigen Weise ausgelegt werden dürfen. Der Gutachter vertrat den Standpunkt, daß Einlagebogen nach dem hessischen Gesetz nicht zulässig sind und nachträglich abgestellte Mängel an Unterschriften nicht die Gültigkeit derselben herbeiführen. Der Ausschuss schloß sich dem Gutachten an.

Rußlands innere Krise.

Stalin gegen die Sowjetbureaucratie.

In Rußland ist zweifellos der Stein ins Rollen gekommen. Die immer schärferen Differenzen in der kommunistischen Partei zeugen von den starken Spannungen, die die Wirtschaftsentwicklung des Landes zur Folge hat. Die Diktatur wird durch den Druck der Tatsachen gezwungen, schließlich doch Rede und Antwort zu stehen. Sie muß gegen ihren eigenen Willen in der Auseinandersetzung mit der Opposition die Entwicklung eines selbständigen politischen Lebens in der Bevölkerung fördern. Das zeigt schon die Ergebnisse der letzten Sowjetwahlen, die Parole der Sowjetdemokratie, die eine Verbeugung vor dem Bauerntum bedeutet. Jetzt veröffentlichten Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Stalin, und Kuibyschew, der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrats, einen gemeinsamen Aufruf über die bisherigen Ergebnisse der Sparkampagne. Der Aufruf ist die politische Antwort auf das Auftreten der Opposition. Fast im Stile der oppositionellen Kommunisten beschuldigen die drei Hauptführer der KPR, die Behörden und Wirtschaftsmänner, daß die Rationalisierung (Sparkampagne) sich in vielen Fällen gegen die Arbeiter richtete, denen alle möglichen materiellen und sozialen Vorteile aus Sparmaßnahmen genommen würden, während in den Bureaus zuviel Angestellte seien die Autos fahren, Reiseluxus trieben und auf alle mögliche Weise sich Sonderprivilegien sichern. Es sei notwendig, die Mittel zur Weiterentwicklung der Industrie durch Ersparnisse von mindestens 300—400 Millionen am Wirtschaftsapparat herauszuwirtschaften. Man könne diese Ersparnisse nicht durch neue Belastung der Bauern, aber auch nicht durch Befastung der Arbeiter gewinnen. Das Manifest der drei russischen Führer gibt keine Einzelwege an, wie dieses Programm verwirklicht werden soll, nachdem über die Sparkampagne ein halbes Jahr lang ohne Erfolg nur geredet worden ist. Das Manifest zeigt aber die starken Schwierigkeiten der politischen und wirtschaftlichen Lage der Diktatur, die jetzt gezwungen wird, sich gegen die Hauptträger ihrer Herrschaft, die Sowjetbureaucratie, zu wenden.

Politik in der Armee verboten!

Moskau, 18. August. (Rd.) Das Militärkommando des Lenin-Grader Gouvernements hat unterjagt, in den Truppenteilen der Roten Armee Versammlungen, Referate und Vorträge zu veranstalten. Das Verbot wird auf die von der Opposition in der Armee geführte Agitation zurückgeführt. Wie bekannt wird, sind innerhalb der Roten Armee besondere politische Gruppen entstanden, deren Tätigkeit jetzt Anlaß zum Einschreiten der obersten Militärbehörde gegeben hat.

Neue Kegergerichte.

Die Diktatur als Schutzschild für die Bourgeoisie.

Dem offiziellen Ausschluß Ossowski aus der kommunistischen Partei Rußlands ging in der „Pravda“ die Veröffentlichung eines Artikels von vier und zwanzig (!) Spalten voraus. Auf den 24 Spalten wird Ossowski gründlich geschlagen. Leider lernt man den Originaltext des von Ossowski in der Zeitschrift „Bolschewik“ veröffentlichten Artikels nicht kennen. Aber einige Zitate zeigen doch die Tendenz der Gedankengänge dieses Mannes, der von der „Pravda“ — ob mit Recht oder Unrecht, können wir nicht kontrollieren — als der schlimmste Vertreter der Opposition bezeichnet wird, der das sage, was zu sagen die anderen zu vorsichtig seien. Ossowski steht in seinem Artikel offenbar auseinander, daß bei dem sozialen und wirtschaftlichen Charakter des Sowjetstaates die kommunistische Partei als einzige führende Partei in eine schwierige

Situation gerate, weil sie die politische und moralische Verantwortung für eine Politik übernehmen müsse, die der Natur der Sache nach nicht nur die Klasseninteressen des Proletariats, sondern auch die Klasseninteressen anderer Schichten, auch des Bauerntums und des Bürgertums vertrete. Schon Lenin habe festgestellt, daß Rußland nicht ein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat sei. Das Bauerntum habe über den Vorzug, daß es gegenüber der kommunistischen Partei die Möglichkeit freier Kritik habe, während die Arbeiterchaft in ihrer Kritik durch die moralische Verantwortung der KPR gebunden sei. Die „Pravda“ zitiert aus dem Aufsatz Ossowskis folgende Stellen:

„Es muß hier an die Worte Lenins auf dem 8. Parteitag erinnert werden, daß unser Staat nicht ein Arbeiter-, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat ist. Die Leninische Definition, Arbeiter- und Bauernstaat hat zur Voraussetzung das unvermeidliche Vorhandensein einer ganz bestimmten Distanz, in der sich das Proletariat und bis zum gewissen Grade auch das Bauerntum von diesem Staate befindet. Versuche, diese unweigerlich existierende Distanz zwischen dem Arbeiter- und Bauernstaat und dem Proletariat künstlich zu verschleiern, müssen für die proletarische Revolution katastrophale Folgen haben. Solche Versuche würden nur im Interesse derjenigen Klassen liegen, die im Gange der objektiven geschichtlichen Bedingungen nicht in der Lage waren, das Erbe des alten bankrotten Systems selbst zu übernehmen, und die jetzt dieses Erbe antreten möchten, und dabei die reiche angesehene organisatorische Erfahrung des Proletariats ausnutzen möchten. Für diese Klassen muß es angenehm sein, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt das wirkliche Antlitz der Volkswirtschaft und des Staates zu maskieren, indem sie ihn hundertprozentig sozialistisch oder wenigstens beinahe ganz sozialistisch nennen („soll er sich doch so nennen lassen“), um auf diese Weise die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern und sich selber derweil zu ihrer neuen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten.“

Ossowski zieht aus dieser Analyse der sowjetrussischen Situation den Schluß, daß gegenüber der offiziellen Staatspolitik die kommunistische Partei eine größere Bewegungsfreiheit haben müsse. Infolgedessen ist nach ihm die Zulässigkeit von Gruppierungen und Fraktionen innerhalb der KPR gegeben. Er verlangt die Legalisierung der Opposition, er rechnet schließlich mit der Möglichkeit zweier kommunistischer Parteien. Hier trifft ihn der ganze Jorn der „Pravda“, der es natürlich nicht schwer fällt, nachzuweisen, daß die Konsequenz einer solchen Analyse die Legalisierung auch anderer, mindestens sozialistischer Parteien und damit der Übergang von der Diktatur zur Demokratie sei. Und die Demokratie, das ist für die Gläubigen der „Pravda“ der Untergang der Welt! Das Auftreten Ossowskis zeigt aber, wie die sozialen Spannungen immer stärker auf die politische Partei drücken. Mit dem bloßen Hinauswerfen unangenehmer Elemente werden die Diktatoren das russische Problem nicht lösen.

Ossowski hat schon früher aufgemerkt.

Moskau, 17. August. (DE.) Ueber den toden wegen Veröffentlichung oppositioneller Artikel aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Ossowski teilt die „Pravda“ mit, daß dieser sich 1917-18 in Berlin aufgehalten und damals zum linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie gehört hat. Ossowski ist schon früher als sehr rebellisches Parteimitglied unliebar aufgefallen und hat zum Beispiel 1924 von der Zentralkontrollkommission einen scharfen Verweis bekommen. Die „Pravda“ bemerkt zu diesem Falle, daß die Maßregelung Ossowskis für alle Schwankenden eine juchhabende Warnung sei.

Durch diesen Beschluß dürfte es sehr zweifelhaft werden, ob noch die gefestigt vorgeschriebene Zahl von Unterschriften für ein Volksbegehren vorhanden ist. Die Vertreter des Ordnungsblochs scheinen auch selbst nicht mehr an den Erfolg ihrer Aktion zu glauben. Sie betreiben im Ausschuss eine Verschleppungspolitik und beantragen, daß von anerkannten Staatsrechtlern weitere juristische Gutachten eingeholt werden sollten, da nach ihrer Meinung das Gutachten des Ministerialdirektors Dr. Schwarz allein nicht ausreichend sei. Der Ausschuss nahm diesen Antrag einstimmig an. Außerdem wurde der Landesabstimmungsleiter beauftragt, die nun noch auf Grund der gefassten Beschlüsse vorhandene Zahl der gültigen Unterschriften festzustellen. Der Ausschuss vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Das Bauprogramm der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat am Mittwoch im Wohnungsausschuß des Reichstags ihre Gedankengänge für ein neues Wohnungsbauprogramm für die nächsten drei bis fünf Jahre vorgetragen. Ministerialrat Dr. Bötz vom Reichsarbeitsministerium gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Verhandlungen zur Schaffung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms für dieses Jahr und wies dann darauf hin, daß das Reichsarbeitsministerium schon Anfang 1926 zur Finanzierung des Wohnungsbaues auf den Anleihemarkt hingewiesen habe. Man habe jedoch diesen Plan in den Wirtschaftskreisen aufs schärfste bekämpft. Die Arbeitsbeschaffung, die jetzt eingeleitet worden sei, bringe zwar auch Hochbauarbeiten, die besonders von der Reichsbahn und der Post durchgeführt werden, in der Hauptsache jedoch nur Arbeitsgelegenheit beim Tiefbau. Deshalb muß zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit zu dem bisherigen Arbeitsprogramm ein Wohnungsbauprogramm hinzutreten. Dieses Bauprogramm werde die Regierung vor dem Zusammentritt des Reichstags vortragen.

Die Finanzierungsfrage ist in der Beratung des Unterausschusses einstweilen noch offengelassen worden. Grundsätzlich ist man sich darüber einig, daß die größten Teile des Bauprogramms, d. h. in erster Linie die 150 000 zusätzlichen Wohnungen für die neuen Familien, aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren sind; der Rest des jährlichen Bauprogramms dagegen durch Anleihen. Die Zinsverbilligung soll ebenfalls aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Zur Tragung der Finanzlast des Wohnungsbauprogramms sollen die Länder gleichmäßig herangezogen werden, was bisher nicht der Fall war. Das Programm selbst will man so elastisch gestalten, daß man mit ihm in Zeiten wirtschaftlicher Depression in die Breche springen kann. Das wäre auch deshalb empfehlenswert, weil in der Krisenzeit leichter Geld für den Wohnungsbau zu haben ist. In die Durchführung des Wohnungsbauprogramms soll dann ganz ähnlich das Programm der öffentlichen Bauten von Fall zu Fall eingeschoben werden, wenn die Entwicklung auf dem Wohnungsbau etwas nachläßt. Seht die Entwicklung wieder ein, dann sollen die öffentlichen Bauten eine zeitlang liegen bleiben. Die dadurch entstehenden Spesen kann der Staat eher tragen als der private Bauherr. Schließlich will man die Wohnungsbauarbeiten so über das ganze Jahr verteilen, daß nicht in bestimmten Monaten eine übergroße Häufung entsteht und die Baupreise in die Höhe getrieben werden.

Abgeordneter Silber Schmidt (Soz.) stimmte dem Programm, das der sozialdemokratischen Initiative entspricht, grundsätzlich zu. Er betonte, daß nicht nur durch Kapitalisierung und Rationalisierung, sondern auch durch die ganze Anlage des Finanzplans der Wohnungsbau so verbilligt werden müsse, daß die Mietten der Reuwohnungen sich denen der Altmietwohnungen nähern und nicht umgekehrt, wie das von den Hausbesitzern angestrebt wird. Silber Schmidt lehnte jede Mietssteigerung ab und setzte sich dafür ein, daß die Hauszinssteuer auf das für die Finanzierung des Wohnungsbaues notwendige Maß herabgesetzt wird. Von der Landwirtschaft forderte er, daß auch sie bei der Hauszinssteuer zur Finanzierung des Wohnungsbaues und einstweilen auch zum allgemeinen Finanzbedarf wie die anderen Berufsgruppen beitrage. Es gehe nicht an, daß ausgerechnet leistungsstarke Bevölkerungsschichten von Lasten befreit werden, die im Interesse der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Kürzung der Waisenrenten?

Während Waisenrenten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung bisher allgemein bis zum 18. Lebensjahr der Waise gezahlt wurden, ist durch Gesetz vom 25. Juni 1926 die Altersgrenze für den Regelfall auf das vollendete fünfzehnte Lebensjahr herabgesetzt worden. Erhält aber eine rentenberechtigte Waise über dieses Alter hinaus Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Rente auch für diese Zeit gewährt, jedoch nicht über das vollendete einundzwanzigste Lebensjahr hinaus. Ist ferner das Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu erhalten, so wird die Rente gewährt, solange der Zustand dauert.

Diese neuen Bestimmungen gelten jetzt für die Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung. Sie sind gegenüber den früheren Vorschriften in der Invaliden- und Angestelltenversicherung eine erhebliche Verschlechterung. Trotz des energischen Kampfes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstags diese Verschlechterungen beschlossen.

Die laufenden Renten der über 15 Jahre alten Kinder erlöschen Ende September 1926, wenn nicht umgehend der Antrag auf Weitergewährung gestellt wird. Während die Angestelltenversicherung in ihren Bescheiden über die Einstellung der Rente darauf hinweist, unter welchen Bedingungen der Weiterbezug der Rente möglich ist, unterläßt das die Landesversicherungsanstalt Berlin. Sie teilt einfach unter Hinweis auf das den Rentenbezieher natürlich im Wortlaut unbekanntes neue Gesetz mit, daß Rente nur bis Ende September 1926 gezahlt wird. Das ist ein ganz unbegreifliches Verhalten eines Sozialversicherungsträgers; es muß verlangt werden, daß auch die Landesversicherungsanstalt Berlin in ihren Bescheiden angibt, unter welchen Bedingungen der Fortbezug der Waisenrente nach dem 15. Lebensjahre möglich ist.

Wir haben eingangs auf diese Voraussetzungen hingewiesen. Es ist notwendig, bei Vorliegen dieser Voraussetzungen den Antrag auf Weitergewährung der Waisenrente zu stellen. Dem Antrag ist eine Bescheinigung der Schule oder des Lehrherren (mit Angabe des Berufes, Beginn und Ende der Lehrzeit) beizufügen; liegt Stichtum der Waise vor, so muß das der Arzt bescheinigen.

Gewerkschaftsbewegung

Kein Streik in den Berliner Brauereien. Durch Verhandlungen eine Lohnzulage erreicht.

Nachdem der Streikbeschluss der Brauereiarbeiter vorlag, beschlossen die Tariforganisationen in ihrer gestrigen Besprechung, noch einmal mit den Vertretern der Brauereien in Verbindung zu treten. In einer längeren Verhandlung zwischen den Organisationsvertretern und dem Vorsitzenden des Vereins der Brauereien Berlins und Umgebung erklärte dieser, den Unternehmern einen Vorschlag zu unterbreiten, allen Brauereiarbeitern ab 1. August eine generelle Lohnerhöhung von 1,50 M. pro Woche zu zahlen. Er versprach weiter, dafür einzutreten, daß das Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1926 gelten soll.

Am Nachmittag ging die Antwort der Unternehmer ein, daß sie sich mit dem Vorschlag ihres Vorsitzenden einverstanden erklärten. Sie erklärten sich weiter bereit, die Lohnzulage am kommenden Freitag auszuzahlen; in den Betrieben, wo dies technisch nicht möglich ist, soll die Auszahlung spätestens am Freitag der nächsten Woche erfolgen.

Die Organisationsleitungen und die Lohnkommissionen empfahlen der gestrigen in Büttners Festsaal tagenden stark überfüllten Funktionärerversammlung die Annahme dieses Angebots. In der ausgedehnten, teilweise recht lebhaften Diskussion wurde das Für und Wider des Angebots der Unternehmer reiflich erwogen. Die dann vorgenommene Abstimmung ergab mit 191 gegen 111 Stimmen die Annahme des Angebots. Damit ist der Konflikt mit den Brauereien beigelegt.

Die Warenhausangestellten wehren sich. Sie fordern Weiterzahlung der bisherigen Gehälter.

Bekanntlich besteht für die Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels durch die Ablehnung der Abbauschiedsprüche zurzeit kein Lohn- und Gehaltsstarif. Eine Kürzung der Bezüge müßte also mit den einzelnen Arbeitnehmern vereinbart werden und dürfte von Rechts wegen erst dann eintreten, wenn die bisherige Lohn- und Gehaltszahlung mit den Festsetzungen des Arbeitsvertrages aufgebundelt ist. Die von der Berliner Einzelhandelsgemeinschaft an ihre Mitglieder herausgegebenen Richtlinien sind auch von dem Warenhaus H. Joseph u. Co., Neudörfel, Berliner Straße 51/56, befolgt worden. Auch diese Firma hat sich nicht geschert, den Arbeitnehmern als einzigen Protest gegen die zu Unrecht erfolgende Lohnkürzung die Kündigung zu empfehlen.

Die gut organisierten Arbeitnehmer haben es nicht veräußert, gegen die unbillige Kürzung ihrer Bezüge Protest zu erheben. Zwischen der Firma und dem Verbands- und lönne dem Arbeiterrat haben bereits Besprechungen stattgefunden, die jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Nunmehr verlangen auch die Angestellten, daß Verhandlungen eingeleitet werden, in denen der Zentralverband der Angestellten gemeinsam mit dem Angestelltenrat der Firma die Forderungen der Angestellten auf Weiterzahlung der alten Gehälter unterbreiten werden. Die Angestellten sind fest entschlossen, ihre berechtigten Forderungen mit allem Nachdruck durchzuführen. Eine sehr gut besuchte Belegschaftsversammlung, die am Dienstag stattfand und in der zu diesen Lohn- und Gehaltsfragen Stellung genommen wurde, schloß eine Entschließung im Sinne der Beibehaltung der bisherigen Gehälter, die den BdA. und den Verbandsbund zu Verhandlungen mit der Firma H. Joseph u. Co. beauftragt.

Einstellung von Arbeitskräften für Kanalbauten.

Beim Reichsverkehrsministerium gehen zahlreiche Gesuche um Einstellung bei den geplanten Kanalbauten ein. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Gesuche von Angestellten an die Wasserbauinspektoren bei den zuständigen Oberpräsidenten, die Gesuche von Arbeitern an die örtlichen Wasserbauämter zu richten sind.

Gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter.

Was die Reichsbahndirektion Königsberg verfügt.

Ende 1924 übermittelte die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ihren Direktionen die Aufforderung, die aus der Landwirtschaft zur Reichsbahn gekommenen Arbeiter zu entlassen. Dieses Vorgehen forderte den Protest des Deutschen Landarbeiterverbandes heraus. Mit dem Ergebnis, daß im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung stattfand, bei der von allen behördlichen Vertretern, auch von dem Vertreter der Reichsbahn, das Recht der Landarbeiter auf Freizügigkeit anerkannt und sein Schutz zugesagt wurde. Der Reichsbahn wurde empfohlen, ihre Direktionen in diesem Sinne anzuweisen. Um künftige Differenzen zwischen Reichsbahn und Landwirtschaft zu vermeiden, wurde angeregt, daß die Reichsbahn ihre Oberbauarbeiten (Streckenbau und -unterhaltung) auf das ganze Jahr verteilen möge. Eine derartige Regelung läge im volkswirtschaftlichen Interesse. Es wäre dann möglich, daß Arbeiter in der arbeitsarmen Zeit der Landwirtschaft bei der Reichsbahn beschäftigt werden könnten und umgekehrt.

Trotzdem leistete sich die Reichsbahndirektion in Königsberg i. Pr. die folgende Verfügung, die der „Ostpreussische Landbote“ in Nr. 31 veröffentlichte:

„Bei der Annahme von Arbeitern sind auf Verlangen der Reichsbahndirektion die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstellen wohnenden geeigneten Arbeitsucher, vorweg von den Unternehmern zu berücksichtigen.“

Der Unternehmer darf nur solche Leute beschäftigen, die für die ordnungsmäßige Ausführung ihrer bisherigen Arbeits- und Mietverhältnisse den Nachweis erbringen. So muß der Unternehmer vor Annahme des betreffenden Arbeiters die Verhältnisse bei Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses einer eingehenden Prüfung unterziehen. Vorwiegend sind entlassene Heeresangehörige zu berücksichtigen.

Arbeiter, die in den letzten zwölf Monaten in einem landwirtschaftlichen Betrieb der Provinz Ostpreußen beschäftigt waren, dürfen nur dann angenommen werden, wenn die Ortspolizei des Wohnortes oder in Ermangelung eines solchen, des letzten Aufenthaltsorts bescheinigt hat, oder der Beweis erbracht ist, daß dessen Beschäftigung bei dem Umbau der Bahnanlagen in Königsberg i. Pr. Bedenken nicht entgegensteht.“

Also, der industrielle Arbeiter kann eingestellt werden, sobald er die ordnungsmäßige Ausführung des alten Arbeitsverhältnisses nachweist. Der Landarbeiter aber nur dann, wenn er seit mindestens zwölf Monaten keine Arbeit in der Landwirtschaft verrichtet hat. Das ist eine völlig unhaltbare verfassungswidrige Einstellung, die es erklärlich erscheinen läßt, wenn auch jetzt von den landwirtschaftlichen Unternehmern der Kampf gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter wieder aufgenommen wird.

Es ist Pflicht der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, sofort für die Zurückziehung der erwähnten Verfügung einzutreten und der Reichsbahndirektion in Königsberg auseinanderzusetzen, welche Grenzen in dem Verkehr mit den landwirtschaftlichen Arbeitern zu beachten sind.

In übrigen ist es nicht Sache der Ortspolizei, darüber zu bestimmen, ob der Beschäftigung der Landarbeiter bei dem Umbau der Bahnanlagen in Königsberg in Preußen „Bedenken“ entgegenstehen. Die Reichsbahndirektion hat sich zur Erlangung von Arbeitskräften an die öffentlichen Arbeitsnachweise zu wenden. Diese sind verpflichtet, wegen der zur Auswahl kommenden Arbeitskräfte das Notwendige zu veranlassen.

Die nordwestliche Gruppe in Bedrängnis. Erhöhung der Metallarbeiterlöhne „unerträglich“!

Essen, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens für die Metallindustrie nordwestliche Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, hat die Unternehmer bereits zu der Erklärung veranlaßt, daß eine Lohn- und Arbeitszeit- und Metallindustrie unerträglich sei. Sie behaupten gleichzeitig, daß die Metallarbeiterverbände eine zehnprozentige Lohn- und Arbeitszeit- und Metallindustrie fordern würden, obwohl die Gewerkschaften bisher ihre neuen Lohnforderungen noch nicht bekanntgegeben haben. Ab-

13.—18. Sept.: Internationale gewerkschaftl. Agitationswoche 19. September: Vierteljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung

gefallen davon ist die Lage der rheinisch-westfälischen Konzerne durchaus günstig. Infolge der Stilllegung der britischen Eisen- und Stahlproduktion ist zum Beispiel eine sehr erhebliche Steigerung der Auftragsgänge zu verzeichnen.

Ob die Löhne für die Arbeiterfamilien erträglich sind, das hat die Unternehmer noch nie befürmert.

Jetzt wird nicht mehr stillgelegt.

Duisburg, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Stahltrust wird Anfang der nächsten Woche das alte Universal-Walzwerk der Firma Thyssen in Betrieb nehmen. Es werden 100 Arbeiter neu eingestellt. Die Wiedereröffnung des seit Jahren stillliegenden Werkes ist auf den Eingang umfangreicher Aufträge zurückzuführen, die in den bisherigen Betrieben nicht bewältigt werden können.

Bei der Brückenbauabteilung Sterkerade der Gute-Hoffungs-Hütte wurden infolge neuer Auslandsaufträge wieder Arbeiterentstellungen vorgenommen. Die Belegschaft ist für längere Zeit wieder voll beschäftigt.

Heute Verhandlungen im englischen Bergbau.

Die Sammlungen jetzt besonders notwendig!

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die englischen Regierungskreise sind überrascht, weil die Exekutive der Bergarbeiter sich ohne Vermittlung der Regierung direkt mit den Unternehmern in Verbindung gesetzt hat. Die erste Zusammenkunft findet am Donnerstag nachmittag statt. Der Optimismus der Abendblätter, die an eine rasche Lösung glauben, erscheint nicht gerechtfertigt, da die Unternehmer auf ihre bisherigen Forderungen der acht Stunden und distriktsweisen Regelung noch nicht verzichtet haben.

London, 18. August. (W.B.) Die Bergwerksgesellschaft, die Organisation der Grubenbesitzer, hat eine Sitzung ihres Zentralausschusses einberufen, um über den von dem Bergarbeiterverband gemachten Vorschlag zur Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung morgen nachmittag zu beraten. — Premierminister Baldwin ist heute nach London zurückgekehrt.

Bergarbeiterstreik in Polnisch-Oberschlesien?

Warschau, 18. August. (E.P.) Da in Polnisch-Oberschlesien die Kohlenindustriellen Lohnforderungen der Arbeiterschaft ablehnten, erklärt der Sekretär des Zentralverbandes der Bergarbeiter-gewerkschaften, Abg. Stanogul, daß gegenwärtig in Gewerkschafts-kreisen über die Proklamation des Generalstreiks für den ganzen polnischen Bergbau verhandelt werde.

Erbitterung der Postangestellten in Oesterreich.

Wien, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Postgewerkschaft hat am Mittwoch an den Bundeskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem auf die wachsende Erbitterung der Postangestellten hingewiesen und der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben wird, daß die Regierung den geforderten Verhandlungen bisher

ausgewichen ist. Die Organisation verlangt, daß der Bundeskanzler am 19. oder 20. August nach seiner Rückkehr nach Wien sofort in Verhandlungen eintritt.

Neue Tagung des Anglo-Russischen Komitees.

Moskau, 17. August. (Dft-Expres.) In den heutigen Blättern macht der Zentralrat der Gewerkschaften bekannt, daß er dem Generalrat der englischen Gewerkschaften vorgeschlagen hat, zum 20. August eine Sitzung des Anglo-Russischen Komitees in Berlin stattfinden zu lassen und daß der erste Punkt der Tagesordnung die Frage der Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter sein soll. Das Scheitern der Verhandlungen bei der kürzlich stattgefundenen Sitzung des Anglo-Russischen Komitees in Paris wird hier auf das Schuldkonto der Engländer gesetzt. In einer Sitzung des Zentralrats der Gewerkschaften berichtete der Referent, daß von russischer Seite in Paris alles getan worden sei, um die Frage der Unterstützung der Bergarbeiter auf die Tagesordnung zu setzen und zu besprechen, daß aber die englischen Delegierten des Generalrats der Gewerkschaften unter dem Hinweis auf mangelnde Vollmachten dies strikt abgelehnt hätten.

Die Unerschämtheit, mit der die Kommunisten auftreten, geht schon so weit, daß sie die Zurückweisung ihrer Einmischung in die Verfassung der englischen Gewerkschaften, an die die Delegierten des Generalrats der englischen Gewerkschaften selbstverständlich gebunden sind, den Engländern öffentlich als Schuldkonto ankreiden.

Moskau diktiert! Wer sich nicht unbedingt fügt, verzehrt sich seine Lust.

Zur Arbeitslosigkeit in Leningrad.

Die Schlussfolgerung aus dem in gestrigen Abendblättern des „Vorwärts“ veröffentlichten „Trub“-Bericht über die Arbeitslosigkeit in Leningrad ist insofern unzutreffend, als es sich bei der angegebenen Zahl der 213 900 Arbeitnehmer lediglich um die in den Industriebetrieben beschäftigten Arbeitnehmer handelt. Die Gewerkschaften zählten am 1. Oktober im Bezirk Leningrad 600 000 Mitglieder. Der Prozentsatz der registrierten Arbeitslosen beträgt also keineswegs nahezu zwei Drittel der Arbeiterschaft.

Achtung Bauarbeiter! Die Sperre über die Arbeiten der Fabrikfirma Pieper u. Co., Sansibar, Ede Lüderichstraße, bei der Baufirma Kaufke ist aufgehoben. Deutscher Bauarbeiterbund, Bauergewerkschaft Berlin, Freie Vereinigung der Steinträger Berlins.

Verband der Maler und Lackierer.

Zetrieberat, Vertrauensleute und Bezirksleiter: Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Charlottenstr. 24-26, Saal 1, Funktionär-sammlung. Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben, Disziplin und Arbeitslohn.

Freie Gewerkschaftenjugend. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr lesen die Gruppen: Mitter, Neue Adnachts, 21. Sing- und Spielabend — Riesenberg: Jugendheim Parkstr. 10, Freie Stunden, — Adenid: Jugendheim Grünauer Str. 3, Lustige Geschichten, — Tempelhof: Jugendheim Germaniastr. 4-6, Aus Sturm und Drang der Arbeiterbewegung, — Schöneberg: Jugendheim Weidenberger Str. 66, Vortrag: Der Aufbau der freien Gewerkschaften, — Gesundbrunnen: Jugendheim Gaißhauer Str. 2, Lustiger Abend: „Alles Licht mit“, — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1, Wir gehen ins Grüne, (Bedenkung miltbringen), — Köpenick: Stadt, Jugendheim Bremer, Ede Welfenstraße, Wir spielen auf unserer Flak, — Es spielen die Gruppen: Oberhanselweide: Metallarbeiter-Sportklub an der Oberförsterei; Kreuzberg: Volkspark Besenheide; Köpenick: Auf dem Weg an der einheimen Topoi; Treptow: Treptower Park, Wille 2.

Jugendgruppe des BdA. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr: Vbl. Treptow: Jugendheim Schule Wilmersbrucher, 34 (Rindberghof), Arbeitsgemeinschaft, — Vbl. Germania: Jugendheim Pöbelschtr. 34, Vortrag über „Demokratie“.

Achtung, Bauarbeiter! Heute nachmittags 5 Uhr im Dresdener Hof, Dresden, Str. 92, Bundesleiterversammlung. Nachstellen, die noch nicht im Besitz von Sammelkarten ausgeben der englischen Bergarbeiter sein sollten, können solche durch ihre Delegierten in der Versammlung in Empfang nehmen. Deutscher Bauarbeiterbund, Bauergewerkschaft Berlin.

Bergarbeiter und Silberarbeiter. Die am Freitag, den 21. August, veranstaltete Versammlung findet statt am Dienstag, den 24. August, nachmittags 5 Uhr, in Dringens Reichstr. 10, Saal. Die Entscheidung über den im Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch. Wie in der Besondere beschäftigten Mitglieder der freien Gewerkschaftsorganisationen haben sich durch Mitgliedsausweis zu legitimieren. Die Vorstandleitung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Kurt Götters; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialisten: Dr. John Schifano; Sozialisten und Sozialisten: Fritz Korb; Anarchisten: Th. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Sierus 1 Beilage, „Unterhaltung und Witz“ und „Kronleimmer“.

Dr. Bernard's Buchenerwein
gesetzlich geschützt. — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Keimcellen, Bronchialkatarrh, Husten, Asthma, Magen- und Darmkrankungen
Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinzustandes. Abnahme des Hustens.
Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.
Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Gegründet 1858.
Bestandteile: Destillat des Buchenerweins 1,6, Alkohol 22,6, Enzian 4,0, Pomeranzenschale 4,0, Weißw. 1,50, Sirup 43,0 p.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Haupt- u. Schlussziehung
unwiderruflich 26.-31. August
Kampfspiel-Lotterie
38 640 Gewinne mit 2 Prämien im Werte von Mark
412 000
Höchstgewinn auf ein Doppellos im Werte von Mark
200 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos im Werte von Mark
10 000
2 Hauptprämien im Werte von je Mark
60 000
20 Prämien im Werte von je Mark
40 000
u. v. v.
Einzellos M. 1.— Doppellos M. 2.—
Porto und Liste 30 Pf. extra.
Glücksbriefe mit 3 Lossen aus verschiedenen Tausenden 5 Mark
Glücksbriefe mit 10 Lossen (5 Doppellosen) einschließlich Porto und Liste 10 Mark
H.C. Kröger A.-G., Berlin W 8
Friedrichstraße 192-193 an der Leipziger Str.
Postcheckkonto Berlin 215

Bei farbiger Wäsche empfiehlt es sich, das **LUX-Bad** bei jeder Farbe zu wechseln



Baumwolle ist widerstandsfähiger als Seide, doch nimmt auch sie leicht Schaden. Selbst die besten Farben leiden durch das Reiben und durch scharfe Waschmittel. / Drücken Sie einfach Ihre farbigen Baumwollkleider durch den reichen, milden LUX Schaum und spülen Sie gründlich nach. / LUX Flocken für Alles, was Wasser verträgt.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normal Packung 50 Pfg.



LUX
SEIFENFLOCKEN

SUNLICHT MANNHEIM 3

Vordem Gewerbegericht.



Das Gewerbegericht hat die Aufgabe, Streitfälle zu schlichten, die sich aus dem Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben. Die Fälle, die hier zur Verhandlung kommen, liegen meistens so, daß der Arbeiter als Kläger auftritt. Grundlose Entlassung, Nichtzahlung des zustehenden Lohnes, Urlaubsverweigerung oder Nichterhaltung der Kündigungsfrist sind die Gründe für die Klage. Bei den Verhandlungen selbst ergibt sich dann allerdings oft ein ganz anderes Bild. Hin und wieder kommen aber auch Fälle vor, die von dieser Regel ganz erheblich abweichen. Sie machen ein größeres Zeugenaufgebot zwingend und beschäftigen das Gericht in mehreren Sitzungen. Durchschnittlich gelangen aber vor dem Gewerbegericht in der Zimmerstraße täglich etwa 50 Fälle zur Verhandlung; aus dieser reichen Fälle hier einige Einzelfälle.

Ein Maler klagt gegen ein Lichtspieltheater auf Zahlung von 230 R., denn der Besitzer weigert sich, ihm den Arbeitsverdienst auszus zahlen. Der Maler war in einem Kino beschäftigt, das seinen Besitzer wechselte. Auf Jurethen des ersten Besitzers, der ein anderes Kino übernahm, ließ er sich von diesem als Maler engagieren. In dem neuen Kino waren aber Ausbesserungen notwendig, die längere Zeit dauerten. Inzwischen konnte der Maler nicht beschäftigt werden. Als die Spielzeit begann, erklärte der Besitzer plötzlich dem Maler, daß er ihn nicht mehr brauche. Energisch streitet nun der Maler, der sich auf die Klage beruft. Da aber der Maler den Eid darauf leistet, wird der Beklagte zur Zahlung der 230 R. verurteilt. Unter lautem Klagen und Schimpfen verläßt der Arbeitgeber den Verhandlungsraum.

Zwei jugendliche Tänzerinnen klagten auf Zahlung von 150 R. Sie waren für einen Monat nach auswärts verpflichtet. Die Gage betrug fünf Mark. Eines Abends aber sind sie plötzlich nach der Vorstellung entlassen worden. Als Grund wird angegeben, sie hätten, als eine Sängerin auftrat, in der Garderobe, hinter der Bühne Lärm gemacht. Ja, der Lärm soll so groß gewesen sein, daß er sogar die Vorstellung gestört habe. Die Klägerinnen streiten nichts ab. Aber sie hätten in der Notwehr geschrien. Sie wären von einer älteren Kollegin, die mit dem Direktor ein Verhältnis unterhalte, geschlagen worden, und nur deshalb hätten sie geschrien. Das Gericht stellte sich in diesem Falle merkwürdigerweise auf den Standpunkt, daß die beiden Tänzerinnen aus diesem Grunde nicht berechtigt gewesen seien, Lärm zu schlagen. Sie hätten bis nach der Vorstellung warten sollen. Ihre Klage wird abgewiesen.

Ein Kellner klagt auf Wiedereinstellung und Zahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes. Er war Betriebsrat, und ist fristlos entlassen worden, weil er, wie das beklagte Restaurant angibt, im Restaurationsraum geschlafen hat. Der Kellner erwidert, er habe sich lediglich zu einer Zeit, als keine Gäste im Lokal waren, in einer Ecke an einen Tisch herangelehnt. Seine Entlassung sei erfolgt, weil er Betriebsrat ist. Nach kurzer Beratung wird der Restaurateur zur Wiedereinstellung und Zahlung von 220 R. verurteilt.

Am nächsten Falle klagt ein Schlosser auf Nachzahlung von 21 R. Er habe immer nur Affordarbeit zugewiesen bekommen, bei der er nicht einmal den Mindeststundenlohn verdient hätte. Die Frage, ob ihm der Mindeststundenlohn garantiert worden sei, verneint er. Der Vorsitzende befehlt ihm, daß er dann zwecklos klage, er handle besser, wenn er die Klage zurückziehe.

Dann wird einer der typischen Fälle verhandelt. Ein Transportarbeiter klagt gegen seine frühere Firma auf Wiedereinstellung. Längere Zeit war er krank gewesen, als er die Arbeit wieder aufnehmen wollte, erklärte man ihm, daß er entlassen sei. Unverständlichlicherweise hat er dann bei seinem Austritt einen Schein unterschrieben, den er nicht gelesen hat, auf dem aber steht, daß er mit seiner Entlassung einverstanden ist und keine Ansprüche an die Firma mehr zu stellen hat. Dieser Schein sei ihm, so betont er, so zugeschoben worden, daß er ihn nicht lesen konnte. Doch darauf legt das Gericht keinen Wert: Er habe eben zu lesen, was er unterschreiben soll. Die Klage wird abgewiesen.

Der Betriebsrat ist entlassen worden. Als Grund gibt die Firma an, er hätte in seiner Eigenschaft als Betriebsrat in einer Betriebsversammlung die Arbeiter aufgefordert, weniger zu arbeiten. Insbesondere soll er die Affordarbeiter ermahnt haben, nicht zu schnell zu arbeiten, da sonst die Säge ermüdet werden, wenn die Betriebsleitung einen relativ hohen Verdienst feststellt. Der Betriebsrat streitet ab, zur weniger Arbeit aufgefordert zu haben. Was die Firma behauptet, sei ihr von einem Jutträger hinterbracht worden, der sich aber verweigert haben muß. Beide Parteien nennen Zeugen, die zum nächsten Termin geladen werden.

Andere Fälle sind sofort erledigt. Weder Kläger noch Beklagte sind erschienen. Manchmal kommt nur der Kläger oder der Beklagte und teilt mit, daß man sich geeinigt habe. Dann wieder erlebt man erregte Auseinandersetzungen, die Parteien stürzen auseinander los und werfen sich Lug und Betrug vor. Es ist hin und wieder nicht leicht, Ruhe zu schaffen. Andere begrüßen sich vor dem Richter mit einem Händedruck und führen unter sich eine Ethingungsverhandlung, wobei dem Vorsitzenden in der Regel die Rolle des Vermittlers zufällt. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bringen sich oft einen Vertreter aus ihrer Gewerkschaft mit. Die Praxis lehrt, daß sie gut daran tun, denn jede Gewerkschaft hat einen oder mehrere Angestellte, die sich bei ihren ständigen Vertretungen auf den Gewerbegerichten eine gute Kenntnis der gewerbegerichtlichen Gepflogenheiten und Rechtsprechungen angeeignet haben.

Obwohl vielfach der Arbeiter als Kläger auftritt, so ist er aber keineswegs immer der Gewinner des Prozesses. Ein erheblicher Teil der angestrengten Klagen wird abgewiesen, weil der Kläger sich im Unrecht befindet. Es hält schwer, ihm das klar zu machen, aber die Dinge liegen oft tatsächlich sehr ungünstig für den Kläger. In vielen Fällen hat der Arbeiter ungenügend irgendwelchen Zeitalter unterschrieben, der ihm den Verlust aller Ansprüche bringt. Zu spät wird die Torheit bemerkt. Vereinbarungen, die mündlich getroffen wurden, streitet der Arbeitgeber meistens ab. Es wäre gut, wenn die Arbeiter bei allen solchen Dingen die Augen ein wenig offener hielten, sie würden sicherlich weiter dabei kommen.

Der Hilferuf.

Kleinigkeiten legen manchmal wie leuchtende Scheinwerfer die Seele einer ganzen Zeit bloß. Es gibt Dinge, denen man begegnet, auf Schritt und Tritt, und die doch in uns kein Echo wecken, weil wir müde und apathisch hindämmern, bis irgendein Aufplötzlich tiefsten Nachhall weckt.

In der Potsdamer Straße, nahe dem Potsdamer Platz, hängt an einem Baum, zerknittert und sehr unbeholfen beschriebenen, ein Zettel folgenden Inhalts: „Tischler, lange arbeitslos, sucht auf diesem Wege Existenzmöglichkeit, gleich welcher Art, da kein Geld mehr zum Inferieren vorhanden.“ Der Zettel ist nicht von gestern. Er ist wohl schon Wochen alt. Tausende eilen vorüber, hier und da streift den Hilferuf der flüchtige Blick eines Menschen, dem Zeit Geld ist und dem die Möglichkeit abgeht, „sentimental“ zu sein. Dieser arbeitslose Tischler, der Schutz vor dem Hungerloch sucht, ist nicht der einzige, dem die Not an der Gurgel sitzt. Er ist ein winziges Teilstück in einem unendlichen Drama. Aber das ist es ja, was den Erschütterer macht: Spiegelbild einer verhärteten Zeit.

Menschen eilen an der Klage des Hungers vorüber. Autos, Straßenbahnen, Omnibusse, dicht besetzt. Es geht ihnen allen, die da fahren und gehen, nicht gut. Und doch sehr gut wiederum. Daß einer so still und so tödlich gewiß ohne viel Lärm verreckt, erfahren sie erst durch eine Dreizeitennotiz der Tageszeitungen. Und bebauern es wohl. Aber dann halten sie weiter. Zum nächsten Fall, der wahrscheinlich im Schiffsalmsee der Millionenstadt ebenso spurlos versinken wird, wie die Gescheide hunderttausend anderer Kleinen und Unbekannten.

Das Perlenhalsband der Kaiserin Jita.

„Die unglückselige Perlenkette.“

Ein merkwürdiges Schicksal hatte eine Perlenkette, die den Gegenstand stundenlang erörterten vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte bildete. Als sich im Verlauf der Verhandlung ein Sachverständiger über diese Kette äußerte, war das Schlussergebnis seines Gutachtens ungefahr folgende Feststellung:

Der Wert aller Bilder, Möbel, Teppiche oder Brillanten steigert sich für den Verkauf, wenn die Gegenstände aus altem gräflichen oder fürstlichen Besitz stammen. Ihre Richtigkeit beweist die auffallende Tatsache, daß die Kette von einer gerichtlichen perentischen Tagatorin auf 32 000 Mark geschätzt wurde, weil sie aus dem Nachlass des Grafen Alexander von Bersdorf stammen sollte, und schließlich statt dieses Liebhaberwertes nur einen Realwert von 4000 Mark hatte. Ihren Kreislauf unter allen möglichen für den Verkauf in Betracht kommenden Juwelieren hatte die Perlenkette von einer Gräfin von Bersdorf aus begonnen. Ihre Herkunft gestaltete sich dann immer interessanter und vornehmer. So wurde sie zuletzt als ein Perlenkettchen der bekannten Holdame der früheren Kaiserin, der Gräfin Bersdorf, mit der jedoch die erwähnte Gräfin keineswegs verwandt war, aber sogar als ein Perlenhalsband der Kaiserin Jita angepriesen. Trotdem mißlang der Verkauf immer und immer wieder, so daß das ruhelos wandernde Schmuckstück schließlich unter den Berliner Händlern den Beinamen erhielt: „Die unglückselige Perlenkette.“ Endlich wurde die Gräfin an den Fabrikanten Otto Steinborn verwiesen, der ihr auch die Kette für 14 500 Mark abkaufte, aber nur 2000 Mark darauf anzahlte, die er sich von einem gewissen Bodecke geborgt hatte. Von dem Rest zahlte er nach längerem Drängen auch nur einige hundert Mark. Das Ende vom Liede war, daß die Gräfin sich betrogen fühlte, und auch der Staatsanwalt nahm an, daß Steinborn mit Hilfe des Bodecke von vornherein darauf ausgegangen sei, die Verkäuferin um den Rest des Kaufpreises zu bringen, da er nie in der Lage gewesen sei mehr als das geborgte Geld abzugeben. In der Verhandlung erklärte dann die Gräfin Bersdorf, die inzwischen einen sehr namhaften Richter geheiratet hat, daß die Kette an einen hiesigen bekannten Industriellen für 9000 Mark verkauft worden ist, von dem sie nur 300 Mark außer der Anzahlung erhalten hätte. Auch dieser hat zuviel bezahlt, weil die Kette in Wahrheit gar keinen Liebhaberwert besitzt. Es stellte sich nämlich in der Verhandlung zur allgemeinen Heberachtung heraus, daß das Perlenhalsband weder der Kaiserin Jita noch der Gräfin Bersdorf gehört hat, sondern einer gut bürgerlichen Freundin der Gräfin, die, ohne daß es der Mann merken

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Grazia.

Frau Coqueho besaß sich, mit einem Lächeln, das ihre mütterlichen und etwas spöttischen Augen mit Wasser füllte, zu beantworten, sie hatte immer ein drolliges Abenteuer auf Vorrat: es gehörte zu ihrer Begabung, die Zuhörerinnen zum Lachen zu bringen, um ihnen leichter Willen aufzuschwächen oder die Karten zu legen oder sie zu einem einzelnen Herrn zu bringen.

Sie verfuhr gerade umgekehrt wie Herr Benoit, der die Dienstmädchen einschüchterte, um sich sein Geschäft zu erleichtern.

Und sie hatte in reichem Maße das Glück gehabt, in voller Wirklichkeit auf Personen zu stoßen, die eigens dazu geschaffen schienen, eine endlose Folge gesprochenen Feuilletons zu liefern.

Wenn man Virginie in die Kategorie der Phänome reihen konnte, dann mußte man gestehen, daß Fumeron und seine Eltern auch nicht gerade gewöhnliche Individualitäten verkörperten.

Während Virginie ihr männerlockendes Schmaroderdasein längs der Avenue des Gobelins führte, lebte der 23jährige Fumeron behaglich mit den Händen in der Hosentasche: eine ziemlich seltene Eigenschaft in dem Quartier, wo man sonst — mit erhobenen Fäusten — vom 17. bis 25. Jahre schwer zu kämpfen hat. Er, Fumeron, hielt sich abseits von allem: von der Arbeit wie vom Militärdienst, denn er sah sich als Deserteur, ohne es zu wollen, ganz unschuldig: auf Ehrenwort!

Beweis: Fumeron, vom 20. Jahre der Rekrutierung von Paris zugehörig, wurde in ein östliches Regiment, in Loul, eingestellt. Nach sechs Monaten war er mit einem Urlaub von vierzehn Tagen heimgekommen und, wahrhaftig ohne schlimmen Vorfall, doch nie wieder dahin zurückgekehrt.

Der Fahrpreis, der vierte Teil der gewöhnlichen Karte, nach Loul betrug 7 Franken. Dreimal zeigte Fumeron den guten Willen, zu reisen; er hatte sich ganz verständig nach dem Ostbahnhof, mit dem nötigen Geld versehen, auf den Weg gemacht, und dreimal war er auf Veranlassung von Kameraden, infolge von Begegnungen, Zufällen und Weinstuben, an dem Schalter ohne Geld für sein Billett angelangt.

Das erstemal würde er gerade am Ende seines Urlaubs wieder eingetroffen sein, das zweitemal hätte er eine nicht beträchtliche Verpätung gehabt und das drittemal wäre er gerade noch dort gewesen, ehe man ihn als Deserteur erklärte.

Als die letzte Frist verstrichen, wurde es jedermann klar, ebenso seinen Eltern wie der Virginie, daß er ganz ruhig in Paris bleiben mußte. Er war ein regelrechter Deserteur, sein Fall blieb allerorten der nämliche: zwecklos sich vom Fleck zu rühren, nichts zu machen gegen ein Unglück von überlegener Gewalt.

Er hatte seinen Militäranzug abgelegt und war wieder wie vorher — der Pächter genannter Virginie geworden, ohne sich zu verbergen oder die Wohnung zu wechseln, ohne aufzuhören, die Eltern zu besuchen. In zwei Jahren hatte die Militärgewalt ihn nicht gefapert, so undurchdringlich äußerte sich die im Quartier bestehende Solidarität.

Eisige Sicherheitsagenten kannten Fumeron; sie hüteten sich auf Grund einer klugen Schlussfolgerung sehr, ihn festzunehmen: „Das ist ein Mann, der Hoffnungen erweckt; er ist schon Deserteur, also abwarten; er wird sicher noch etwas Folgeschwereres begehen. Man muß mit seinen Erwartungen haushalten.“ Der Polizeikommissar war von der nämlichen Idee geleitet:

„An ganz unbeschränkter Weise,“ sagte er, „muß man das sich entwickeln lassen. Die Festnahme eines Deserteurs ist magere Ausbeute, der Kriminalpolizei unwürdig... und außerdem geht das die Gendarmerie an. Jeder seinen Dienst...“

Fumerons Eltern waren seit fünfzehn Jahren in dem nämlichen Hause, auf der Rue de Gobelins, Portiers; überflüssig zu erwähnen, daß sie sich der allgemeinen Achtung erfreuten.

Die Mutter war ein „Artistenkind“ gewesen; sie hatte einst auf den Brettern als Kunstreiterin, Chanteuse, „utilite“ paradiert, und das aus dieser glorreichen Epoche eine festgewurzelte Komödianterie beibehalten, die übertriebene Sprechweise des Melodrams, ein Bedürfnis nach theatralischen Posen, die jedesmal durchbrachen, wenn sie zu zahlreich Traubenbranntwein getrunken.

Seit zwei Jahren spielte sie in den Stunden, wo sie angeheitert, eine glänzende, rührende, deklamatorische Rolle: sie war „die Mutter des Deserteurs!“ Man mußte sie sehen, hören, in der Loge, im Hausflur, vor den Geschäften; sie

stellte dar, stand auf der Szene im „Ambigu“, ihr tragisches Organ erklang die höchsten Töne, ihr großartiges Mienenspiel kam zur Entfaltung:

„Das Herz einer Mutter ist so zart! Für mich gibt es keine Ruhe, kein Glück mehr, alles ist aus. Ich bin die in Tränen aufgelöste Mutter, die Tag und Nacht zittert. Denken Sie doch, sich hoffnungslos sagen zu müssen: mein Sohn ist Deserteur! Ueberall, im Verborgenen, in der Dessenlichkeit, auf der Strafe, in meinem Schummer höre ich eine verhängnisvolle Stimme, die mir ins Ohr schreit: Deserteur! Deserteur! Und dann fürchte ich beständig, daß er ergriffen, denunziert, verurteilt wird: er ist so leicht erkennbar durch seine Schramme an der rechten Wange, die Chauffeurmütze, seinen kastanienbraunen Samianzug, und weil er drei Minuten von hier wohnt, in Nr. 185 der Avenue, fünfter Stock, die Tür gegenüber, und alle Tage um 11 Uhr hierher kommt, uns zum Frühschoppen zu besuchen! Ach, ich müßte ihn trotz meiner weißen Haare zu verteidigen!... Man soll nur kommen, ihn suchen!... Nein, mein Herr, nein, meine Dame, nichts wird mich zwingen, mein Kind zu verleugnen! Ich werde weiter mein Leben ihm zum Opfer bringen, wie ich jetzt tue. Mein Leben wird in Heroismus endigen! Um so mehr, als, von seiner Desertion abgesehen, mein Sohn lauter gute Eigenschaften hat: es gibt keinen anständigeren Menschen, fast niemals prügel er seine Frau, die Virginie, die trotzdem nicht ohne Fehler sein soll... wenn das bloß ihre Geschäftigkeit wäre... Und begab ich er! so, daß er betrunken noch viel entzückender ist, als nüchtern! Da ist er so, meine Dame, daß man ihn die ganze Zeit betrunken haben möchte!... Und Sie sollen sehen, mein Mutterherz leistet so vielen Qualen Widerstand!“

Selbst der Vater, ein ehemaliger Maschinist, erhob sich, wenn er etwas zuviel Traubenbranntwein hinter die Linde gegossen hatte, bis zu moralischer und bürgerlicher Größe: er wurde antike Persönlichkeit, der alte Römer, der fähig war, seinen Sohn mit eigenen Händen auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern.

Frau Fumeron-Mutter war eine sehr gute Freundin der Coqueho; sie beteiligte sich an deren pharmazeutischen und wahlragerischen Kniffen, und mit oder ohne Wissen lieferte sie Beiträge für die humoristische Zeitung, die die dienende Kundtschaft so schätzte.

(Fortsetzung folgt.)

sollte, sich für die Perlen Belge verschaffen wollte, und sie deshalb der Gräfin zum Verkauf übergeben hatte. Wie ein Zeuge Dr. R. bekundete, fühlte auch er sich gleich dem Angeklagten überfordert, weil die Gräfin ihm einen Smaragdring als Familienschmuck zu einem den Wert weit übersteigenden Preise verkauft habe. Diesen Umstand machte Rechtsanwalt Dr. Ball für den Angeklagten St. als strafmildernd geltend. Das Gericht verurteilte St. zu zwei Monaten Gefängnis unter Zustimmung einer Bewährungsfrist. Bedenke wurde freigesprochen.

Der Raub im Eisenbahnzug.

Bei dem Raub vier Damenportemonnaies gefunden. Der Ueberfall, dem in der Nacht zum Mittwoch die Darmstädter Dame in dem Zuge Benischen-Berlin bei Rahnsdorf ausgeführt war, und der erst auf Umwegen und verspätet zur Kenntnis der Kriminalpolizei kam, wird jetzt vom Raubdezernat A. 5 weiter untersucht.

Die Friedrichshagener Kriminalbeamten des Polizeiamts Köpenick stellen fest, daß die bei dem toten Räuber gefundenen vier Damenportemonnaies alle noch Geld enthielten. Eins der Portemonnaies, wahrscheinlich das der Frau Tzen, lag etwa 20 Meter von der Leiche entfernt. Es enthielt 50 R. deutsches Geld und eine Fünfdollarnote. Der der Frau Tzen vom Finger gezogene Trauring, der S. T. gezeichnet ist, wurde in der oberen Westentasche des Räubers gefunden. Dieser hatte auch noch mehrere Uhren bei sich, darunter eine silberne Herrenrennenuhr mit Nickelkette und eine Armbanduhr mit Lederriemen. Die Herrenuhr trägt den Namen S. D. Hoffmann, die Armbanduhr die Nummer 2 066 096. In der Tasche hatte der Räuber ferner einen Zettel mit dem Namen Tzen. Er hat ihn ohne Zweifel aus der Handtasche herausgenommen und eingesteckt. Was diese Handtasche sonst noch enthielt, ist noch nicht festgestellt. Ob die auf den Namen des Gärtners Willy Brohm lautenden Papiere die eigenen des Räubers sind, steht noch dahin. Festgestellt wurde bisher, daß dieser Brohm im Jahre 1924 aus Argentinien heimgekehrt ist. Es wird vermutet, daß der Räuber ihm die Papiere gestohlen hat. Die hiesige Kriminalpolizei hat Beamte des Raubdezernats und des Erkennungsdienstes entsandt, die von dem Toten zur Feststellung der Persönlichkeit Fingerabdrücke nehmen. Es ist möglich, daß sich der Räuber vor dem Ueberfall bei Rahnsdorf in dem Zuge die drei Portemonnaies mit geringerem Inhalt nicht durch gewaltsamen Ueberfall angeeignet, sondern eingeschlichenen reisenden Damen gestohlen hat. Das Raubdezernat A. 5 richtet jetzt seine Ermittlungen auch darauf, ob für andere Verbrechen, die auf der Strecke vorgekommen sind, darunter auch ein Mord, der getötete Räuber als Täter in Betracht komme. Die Pistole, die man bei ihm fand, war geladen. Außerdem besaß er noch 15 scharfe Patronen.

Die Zustände in Großbeeren.

Das Schöffengericht Berlin-Lichterfelde wird heute gegen den Genossen Schlombach aus Groß-Beeren im Kreise Teilmow verhandeln, der angeklagt ist, bei einer polizeilichen Feststellung Widerstand geleistet zu haben. Der Genosse Schlombach hat dagegen 25 Zeugen namhaft gemacht. Als Belastungszeugen sind sechs Landjäger geladen. Wir hoffen, das der Prozeß endlich einmal die Vorgänge in Groß-Beeren aufklärt. Seit dem vorigen Jahre, dem Tode von Groß-Beeren, wüthen einige Hitlerleute gegen unsere dortigen Genossen und gegen Reichsbannerleute, ohne daß es bisher möglich war, die Landjäger zu bewegen, energisch gegen diese Menschen vorzugehen. Die Vorgänge haben daher unsere Fraktion im Preussischen Landtag veranlaßt, folgende kleine Anfrage einzubringen:

Die Zustände in Groß-Beeren haben sich derart zuspitzt, daß jetzt täglich nur abends 5-6 Landjäger aus anderen Bezirken dort eintreffen, die Mitglieder des Reichsbanner einer scharfen Beobachtung unterziehen und sich bemühen, Konflikte zwischen Stahlhelm und Reichsbanner herbeizuführen. Wir fragen das Staatsministerium 1. Billigt es das Verhalten der Polizeibeamten gegenüber den Republikanern? 2. Billigt es das Verhalten des Amtsvorstehers Toste, der zusieht, was sich die Beamten an Gefährlichkeiten erlauben? 3. Wenn nein, will das Staatsministerium diese Beamten zur Verantwortung ziehen und mit allen Mitteln gegen sie vorgehen? 4. Will das Staatsministerium diese Beamten aus Groß-Beeren entfernen?

Da für den heutigen Prozeß mehrere von diesen Landjägern geladen sind, wird hoffentlich endlich einmal die Stahlhelmsfreundschaft der Landjäger in Kreis Teilmow aufgedeckt werden.

Unterschlagene Schulgelder.

Wegen Unterschlagung im Amt hatte sich der Schulhausmeister Stüme vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu verantworten. Stüme war seit dem Jahre 1910 als Schulhausmeister in dem Augusta-Viktoria-Lyzeum in der Rothenburgstraße angestellt. Als Soldat hatte er sich im Kriege so gut geführt, daß er im Felde zum Offizier befördert wurde. Infolge dessen wurde ihm in seiner wieder aufgenommenen amtlichen Tätigkeit von allen Seiten das größte Vertrauen entgegengebracht und ihm im Jahre 1924 das Amt eines Schulgeldhebers übertragen. Dieses Amt hat Stüme nun in schändlicher Weise mißbraucht, indem er in einem Jahre von den einfallenden Geldern gegen 7000 Mark unterschlug. Weiter beging er Betrügereien bei den Einnahmen, die er von Besuchern der Aula erhielt. Hier stellte er die Rechnungen über höhere Beträge aus, als die Stadt tatsächlich zu verlangen hatte, und behielt von den einfallenden Geldern den so ersetzten Ueberfluß für sich. Stüme behauptete zu seiner Entschuldigung, daß er die Ueberflüsse bei seiner Arbeit verloren habe. Das Gericht hielt dies jedoch für ausgeschlossen und war vielmehr der Meinung, daß der Angeklagte ein Mann war, der weit über seine Verhältnisse lebte, zumal er die Gewohnheit hatte, Kennzeichen zu besuchen und dort zu weiten und deshalb diese Unterschlagungen beging. Nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte durch seinen Lebenswandel in eine wenn auch selbstverschuldete Nothlage geraten sei, bewilligte das Gericht ihm mildernde Umstände. Es verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren.

Festnahme eines entwichenen Strafgefangenen.

Beim Rücktransport von der Charité nach dem Zellengefängnis in der Lehrter Straße entfloß gestern der 26 Jahre alte Reinhold Peshat seinem Transporteur und sprang auf eine im selben Moment vorbeifahrende Kraftdroschke, deren Führer er durch Vorhalten einer aus Brot käufend nachgemachten Pistole zum Weiterfahren nötigte. Am Reichstagsplatz sprang er plötzlich von der Droschke und floh. Ein zufällig auf seinem Rade vorbeikomender Polizeibeamter konnte den Flüchtling nach kurzer Jagd auf dem Platz der Republik stellen und zum 20. Polizeirevier einliefern, von wo er sofort dem Zellengefängnis zugeführt wurde. Peshat hat noch eine 3 1/2-jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen.

Eine Sonntagspriortour nach Dänemark.

Durch den am Sonntag, den 22. August, von der Reichsbahndirektion Berlin vorgesehenen Sonderzug nach Warnemünde ist Gelegenheit gegeben, mit dem Fahrplan Warnemünde-Greifswald eine Seefahrt und einen Besuch der dänischen Stadt Greifswald zu unternehmen. Hierfür ist ein Boh nicht erforderlich. Der Preis der Seefahrt hin und zurück ist auf 6,- M. ermäßigt. Der Sonderzug fährt von Berlin, Stettiner Bahnhof um 6.12 vorm. ab und trifft in Warnemünde um 10.11 vorm. ein. Die Rückfahrt von Warnemünde erfolgt um 7.40 nachm. Die Rückfahrt in Stettiner Bahnhof 12.04 nachts. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt von Berlin 10.20 M. Der Fahrkartenerwerb findet bei den

Fahrtkartenausgaben Stettiner Bahnhof, sowie bei den vier Ausgabestellen des RER-Bureaus Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Reisebureau Unter den Linden 57-58 statt.

Hilfe für erwerbslose Künstler.

Im Zusammenhang mit der Meldung, daß der Magistrat zur Vinerung der Rot unter den erwerbslosen Künstlern die einmalige Summe von 50000 M. bewilligt habe, erfahren wir noch, daß sich die Kunstdeputation in ihrer kommenden Sitzung mit weiteren Hilfsmassnahmen für diese Künstler und Geistesarbeiter beschäftigen wird. Tatsächlich bedeutet ja die Summe von 50000 M. angesichts der fast 2000 erwerbslosen Künstler nur einen Tropfen auf den heißen Stein, so daß die Flüssigmachung weiterer Gelder für diesen Zweck eine dringende Notwendigkeit ist. Daneben sind auch die in Frage kommenden Organisationen bemüht, von privater Seite Mittel zur Vinerung der äußersten Not unter den Betroffenen aufzubringen.

Ein Freikartenschwindler.

Gestern Abend rief bei der Direktion des Wintergartens ein Mann an, der behauptete, der Berliner Polizeipräsident Dr. Friedensburg zu sein. Er bat, ihm für den Abend einige Freikarten zur Verfügung zu stellen, da er sich die Sache einmal ansehen wollte. Der angehende Polizei-Vizepräsident erkundigte sich dann danach, wo die Dorotheenstraße eigentlich liege. Da diese für einen Polizei-Vizepräsidenten erstaunliche Unkenntnis des Straßennetzes von Berlin die Direktion des Wintergartens stutzig machte, rief sie sofort bei Dr. Friedensburg an. Dabei wurde dann festgestellt, daß ein Schwindler unter dem Namen des Polizei-Vizepräsidenten einige Freikarten hatte erschleichen wollen. Tatsächlich erschien dann auch am Abend ein Mann an der Kasse des Wintergartens, um sich die Karten für Herrn Dr. Friedensburg abzuholen. Er wurde hierbei dann von einigen Polizeibeamten in Empfang genommen und abgeführt. Es handelt sich um den 31 Jahre alten Schlosser K., der sich auf diese Weise einmal einen kostenlosen Besuch des Wintergartens verschaffen wollte.

Der Einbruch in die Tempelhofer Bezirkskasse.

Vor der großen Ferienstrammer des Landgerichts II hatten sich die Teilnehmer an dem aufsehenerregenden Einbruch in die Tempelhofer Bezirkskasse zu verantworten, soweit sie gegen das Urteil des Schöffengerichts Tempelhof Berufung eingelegt hatten. Der Hauptangeklagte, Bruno Schulz, der inzwischen zum zweiten Male ausgebrochen ist, fehlte natürlich. Von den übrigen feinerseitig Angeklagten wurden die bereits rechtskräftig verurteilten Täter Fehner und Kelle als Zeugen vorgeführt. Bekanntlich erbeutete die Bande damals über 300000 M., von denen zurzeit nur noch etwa 70000 M. fehlen. Der Verbleib dieser Summe konnte bisher nicht aufgeklärt werden. Wie erinnerlich, wurden etwa 40000 M. nach der ersten Verhandlung durch die Kriminalpolizei im Walde bei Hangelberg ausgegraben, wo sie der erst viel später gefasste „Bantier“ der Kolonne, Bruno Schröder, der jetzt auch vor Gericht stand, nach seinem Geständnis



Bestehen heute noch große, völlige Unterschiede in der Kunst der Europäer? Ratsenau lagte einmal, das moderne New York gleiche Berlin mehr als das mittelalterliche Augsburg der freien Reichsstadt Nürnberg. Verbält es sich mit Theater, Literatur, bildender Kunst nicht genau so? Verschwinden die Eigenarten nicht heute, mehr denn je hinter dem Eingenden, das die Kulturbilder umschlingt und das man vielleicht als Zeitstil bezeichnen kann? Jedenfalls fremd sind diese Menschen nicht, wie sie das Programm des Rundfunks bezeichnete. Der spanische Komponist de Falla, ein Schüler der Franzosen Debussy und Dukas, ist auch in erster Linie Europäer, und das speziell völkische Element tritt erst zutage, wenn er oder Bizet, Smetana und Sjelderup die älteren Volksmelodien bearbeiten, auf sie zurückgreifen. Aber wenn man nun auch die Veranstaltung mit „Von fremden Ländern und Menschen“ bezeichnet, so könnte man der Qualität nach eine bessere „Wahl getroffen haben. De Falla, ein ärmerer Debussy, mit starken Anklängen an Wagner, hat kein Format, gemessen an Smetana. Man vergoß allerdings die banale Süßlichkeit über dem genialen Spiel Claudio Arcaus. Auch der Skandinavische Sjelderup ist von zarter Behaglichkeit, und Bizet nimmt in seiner Bearbeitung für Geige den letzlichen Volksliedern die Kolovität, die er durch rein technische Virtuosität erziehen möchte. Nur Smetanas „Blank“, aus dem Julius „Rein Vaterland“, wirkt überragend, groß und herrlich, von dem Funkenfester unter Seidler-Bintler ausgezeichnet gespielt. Der Geiger Stefan Frankel zeigte übrigens bei den letzlichen Volksliedern sichere Beherrschung der Technik. — Am Nachmittag fand das letzte Kinderfest der Funfstunde statt. Man soll die Begrabenen ruhen lassen.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 19. August.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4.20 Uhr nachm.: Karl Robert Blum: „Die kulturelle Weiterentwicklung des Films“ (3. Teil). 5-6.30 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater und Filmdienst. 7.00 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse) Abteilung Technik. Dr.-Ing. Georg Sinner: „Technische Wanderungen in der Mark“. 7.30 Uhr abends: Ministerialrat Dr. med. Alfred Beyer: „Muß man sich ärgern?“ 8.00 Uhr abends: Einführung zu der Operette „Die Strohwitwe“ am 20. August. 8.30 Uhr abends: Franz Schubert. 1. Quartett für Flöte, Gitarre, Bratsche und Cello. G-Dur (komponiert am 26. Februar 1814, 1918 wiederentdeckt). Moderato — Menuetto (Allegretto) — Lento e patetico — Zingara (Andantino) — Thema con variazioni (Ständchen: „Mädchen, schlamm're noch nicht“) — Moderato (Georg Henze, Gitarre; Paul Luther, Flöte; Hans Mahlke, Bratsche; Adolf Steiner, Cello). 2. Vier Lieder: a) Rastlose Liebe, b) Fischerweise, c) Schäfers Klagelied, d) An Sylvia (Elsa Bartsch-Strauß, Mezzo-Sopran; am Flügel Johannes Strauß). 3. Aus der Fantasie-Sonate op. 78: Menuetto-Allegretto (Johannes Strauß, Flügel). 4. Vier Lieder: a) Das Rosenband, b) Die Taubenpost, c) Auflösung, d) Der Musensohn (Elsa Bartsch-Strauß und Johannes Strauß). 5. Quintett für Klavier, Violine, Bratsche, Cello und Kontrabaß, op. 114 (Forellenquintett), A-Dur. Allegro vivace — Andante — Scherzo: presto — Thema mit Variationen — Finale: Allegro giusto (Rudolf Schmidt, Klavier; Hans Mahlke, Violine; Karl Reitz, Bratsche; Adolf Steiner, Cello; Hermann Schubert, Kontrabaß). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 bis 12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 19. August.

3-3.30 nachm.: Einheitskurzschrift (Prof. Dr. Amsel und Oberlehrer Westermann). 3.30-4 Uhr nachm.: Direktor der staatlichen Taubstummenanstalt G. Lehmann: „Das Seelenbild der Taubstummen und die Abgrenzung des Begriffes „taubstumm“. 4-4.30 Uhr nachm.: Oekonomierat Lemke: „Die Landtsucht“. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstituts. 5-5.30 Uhr nachm.: Gewerbelehrerin Hetty Walter: „Die Grundlagen der Köchenswirtschaft“. Ab 8.30 Uhr abends: Ueberrtragung aus Breslau; anschließend Tanzmusik.

vergraben hatte. Das Gericht kam im wesentlichen zu denselben Strafen wie die erste Instanz. Der „Bantier“ Schröder erhielt diesmal neun Monate Gefängnis. Die Angeklagten Blantenburg und Hahn kamen mit sechs Monaten Gefängnis davon. Der schwer verurteilte Angeklagte Pamsal erhielt auf die gegen ihn erkannten fünf Jahre Zuchthaus die bereits verbüßte Unteruchungshaft von elf Monaten angerechnet.

Ueberfallkommando und Selbstanschlußämter.

Am 15. d. M. wurden die Selbstanschlußämter Lichterfelde, Breitenbach und Wannsee eröffnet. Von diesem Tage an sind die im Bereich der genannten Fernsprechämter gelegenen Ueberfallkommandos der Schutzpolizei nicht, wie bisher, durch Vermittlung der Fernsprechämter zu alarmieren, sondern selbstständig durch Drehen der am Fernsprechgehäuse befindlichen Nummernscheibe. Die Ueberfallkommandos haben die Anrufnummern 6. Soll von einem Selbstanschlußapparat aus das Ueberfallkommando herbeigerufen werden, so ist wie folgt zu verfahren: Hörer abnehmen, Amtsscheibe abwrorten (abwechslend kurze und lange Summerzeichen, die anzeigen, daß mit dem Wählen begonnen werden kann), Finger in die mit der Zahl 6 bezeichneten Oeffnung der Wahlscheibe stecken, die Scheibe bis zum Anschlag drehen und dann den Finger herausziehen. Die Scheibe kehrt selbsttätig in ihre Ruhelage zurück. Nach beendetem Wahl auf das im Fernhörer ertönende Summerzeichen (entweder Freizeichen, ein kurzer sich alle zehn Sekunden wiederholender hoher Summertone, oder Besetzzeichen, ein dauernder tiefer Summertone) achten. Sobald sich das Ueberfallkommando meldet, sind möglichst ruhig und deutlich folgende Angaben zu machen: Straße und Hausnummer, Vorder- oder Gartenhaus, Stöckwerk, Name des Teilnehmers, Amt und Nummer der Sprechstelle. Nur die genaueste Beachtung dieser Hinweise kann eventuelle Verzögerungen in der schnellen Herbeiführung der Ueberfallkommandos vermeiden.

Druckfachen ohne Adressenangabe.

Die Reichspost hat seit einiger Zeit auch die Beförderung aufschristloser unerschlossener Rasendruckfachen (Wurfendungen) aufgenommen. Zur Verteilung kommen Sendungen für beliebige Gattungen von Empfängern, z. B. familiäre Haushaltungen, familiäre offenen Geschäfte, bestimmte Berufsstellen usw. Das Gewicht des Einzelstücks darf 20 Gramm nicht übersteigen. Die Gebühr für Wurfendungen beträgt 2/3 der tarifmäßigen Druckfachengebühr für das Stück unter Aufzählung des Gesamtbetrags auf volle 10 Pf. Die Mindestzahl einer Auflieferung beträgt, wenn sie durch verschiedene Zustell-Postanstalten verteilt werden muß, 500 Stück, wenn sie jedoch nur für den Einlieferungsort bestimmt ist, 100 Stück. Die Zuständigung an die Empfangsberechtigten erfolgt nach den Grundregeln für die Zuständigung gewöhnlicher Briefsendungen. Nach- und Rücksendung findet nicht statt. Ausgeschlossen von der Verteilung sind Druckstücke politischer oder religiöser Art sowie solche, deren Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verstößt. Ueber die Einzelheiten des Verfahrens geben die Postanstalten Auskunft.

Wo kann ich meine Herbstferien verbringen?

Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ in Jena, die fünf Ferienheime und fünf Wanderheime besitzt, hat sich mit ihren Einrichtungen die Aufgabe gestellt, es auch den wenig begüterten Arbeitnehmern zu ermöglichen, die ihnen zustehenden kurzen Ferientage angenehm und genussreich verbringen zu können. Aus diesem Grunde hat sich die Genossenschaft entschlossen, ab 15. August dieses Jahres bis zum kommenden Frühjahr auch Nichtmitgliedern der Genossenschaft dieselben vergünstigten Sätze zu gewähren wie ihren Mitgliedern. Für Uebernachtung sind deshalb auf ihren Häusern 70 Pf. bis 1 M. und für volle Verpflegung einschließlich Ueberrnachten 3.50 M. zu zahlen. Für schwach begüterte Arbeitnehmer ist auch die Möglichkeit vorhanden, auf den Heimen gegen eine Gebühr von 20 Pf. pro Tag sich die Speisen selbst zuzubereiten. Geschirrs usw. wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Volle Pension in Anspruch zu nehmen, ist nicht Pflicht. Auf jedem Heim können alle Lebensmittel und Getränke zu ortsüblichen Preisen gekauft werden. Unsere Ferienheime sind: 1. Stutenhaus am Adersberg (Thür., Wald) 780 Meter Seehöhe, herrlicher Wald, Ausflüge nach Oberhof, Schmieda, Bessertal, Suhl, Bahnstation Suhl oder Schmiedefeld (Kr. Schleusingen). 2. Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda, 450 Meter Seehöhe, herrliche Ausflüge nach Spielberg, Heuberg, Inselberg usw., Bahnstation Friedrichroda. 3. Eisenhammer Idarhöhe, herrliche Wälder, Ausflüge nach dem Schwarzatal, Schwarzburg, oberes Saaleetal, Leutenberg usw., Bahnstation Saalefeld. 4. Muldenhaus in Rautenfranz im Bogland, 650 Meter Seehöhe, Riesige Wälder, Idyllische Lage! Lustort. Bahnstation Rautenfranz der Bahnlinie Chemnitz-Adorf. Die Geschäftsstelle der Genossenschaft in Jena ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit. Anmeldungen für den Urlaub bitten wir direkt an die Heime zu richten. (Rückporto beifügen.)

Ein Siebzighähriger.

Am heutigen Tage feiert der Genosse Karl Bauer seinen 70. Geburtstag. Seit 35 Jahren in der Barmärts-Buchhandlung als Pader angestellt, erteilt er sich allgemeiner Hochachtung bei seinen Kollegen und Parteigenossen. In der Partei jahrelang als Bezirksführer tätig, ist er heute noch ein eifriges Mitglied der Partei und seiner Gewerkschaft, des Transportarbeiterverbandes.

Ueber Unzuträglichkeiten beim Boden im Neudölnener Schiffahrtskanal wird von vielen Seiten lebhaft Klage geführt. Wenn auch das freie Boden in östlichen Schiffahrtswegen nicht gestattet ist, haben die Behörden es im oberen Teile des Neudölnener Schiffahrtskanals bisher stillschweigend gebuldet, unter der Voraussetzung, daß Störungen des Schiffahrtsbetriebes und Beschädigungen der Fahrzeuge nicht vorkommen. Bedauerlicherweise sind aber in letzter Zeit Unzuträglichkeiten in solchem Maße aufgetreten, daß, wenn diese nicht sofort unterbleiben, die Behörden zu einem strengen Verbot übergehen müssen. Den Schiffern sind von Baden den Fahrzeugen beschädigt, auch ist in einem Falle das Beibot zum Sinken gebracht worden. Die Vermahnungen der Schiffer wurden mit Schimpfworten und Steinwürfen beantwortet. Damit nicht der Unschuldige im Falle des Bedauerbetes mit den Schuldigen leiden muß, werden die Baden den dringend aufgefodert, Zurückhaltung und Selbstsücht zu üben.

Errichtung von Liegehallen im Hospital Buch. Zur Errichtung der Abteilungen für Lungentranke in den städt. Krankenhäusern und besonders des Tuberkulose-Krankenhauses „Waldhaus Charlottenburg“ in Beeg-Sommerfeld sieht sich der Magistrat genötigt, sechs Tuberkulose, die noch ständiger ärztlicher Behandlung und geschulter Pflege bedürfen, in das Hospital Buch zu verlegen. Die Einrichtungen dieser Anstalt sollen daher so verbessert werden, daß eine hochgemäße Behandlung solcher Kranken gewährleistet ist. Da nun Liegehallen einen wesentlichen Bestandteil der Behandlung von Lungentranken bilden, ist die Errichtung zweckmäßig eingerichteter Liegehallen, die von den Liegefreien, nicht bettlägerigen Patienten auch bei ungünstiger Witterung benutzt werden können, dringend erforderlich. Zunächst sollen vor den Häusern Nr. 3 und 6 (Männer) je eine Liegehalle mit 21 Plätzen und vor dem Haus Nr. 11 (Frauen) eine Liegehalle mit 30 Plätzen errichtet werden. Der Magistrat hat die Errichtung der Liegehallen sowie die Entnahme der Kosten aus zentralen Vorbehaltmitteln für 1926 beschlossen und die Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage ersucht, zu beschließen: Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Errichtung von Liegehallen im Hospital Buch einverstanden und bewilligt für die zunächst zu errichtenden 3 Liegehallen 2100 M.

Bauernsiedlung tut not!

Für großzügige Innenkolonisation.

Angeht die herrschende Krise müssen alle Kräfte daran gesetzt werden, neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Dieses Streben ließ neuerdings wiederholt die Forderung entstehen, durch umfassende Bauernsiedlung den Arbeits- und Lebensspielraum des deutschen Volkes zu erweitern. Dieser Forderung kommt auch nach anderer Richtung eine ungewöhnliche Bedeutung zu. Die deutsche Handelspolitik baut sich noch immer im wesentlichen darauf auf, daß der agrarische Großgrundbesitz einer besonderen Förderung bedürftig ist. Daher die besonders hohen Schutzzölle auf Getreide und Mehl, die dem arbeitenden Volke die Nahrung verteuern, daher auch die Unnachgiebigkeit deutscher Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen, die immer wieder dazu führt, daß der deutschen Industrie der ausländische Markt für ihre Fertigwaren nicht genügend erschlossen wird. Die Führer der Großlandwirtschaft verteidigen ja die Zölle des Weinbaues und des Gartenbaues nur deswegen, weil sie mit deren Herabsetzung früher oder später auch ihre eigene Domäne, den Hochschutzzoll auf die wichtigsten Ackerfrüchte bedroht sehen.

Es ist daher von besonderem Wert, zu beobachten, wie die deutsche Wissenschaft in steigendem Maße sich von der Theorie des lückenlosen Hochschutzzolles abwendet. Diese Wandlung in der Meinung der führenden Agrarwissenschaftler hat freilich auf die amtliche Wirtschaftspolitik bisher keinerlei Eindruck gemacht. Trotzdem wird die Arbeiterschaft nicht an ihr vorbeigehen können, schon aus dem Grunde, weil sich die Schlussfolgerungen der modernen Agrarwissenschaft sehr weitgehend mit den Forderungen decken, die die organisierte deutsche Arbeiterschaft zu der Agrarpolitik und der Handelspolitik erhoben hat.

Jetzt hat der agrarische Sachverständige und frühere Anhänger der Schutzollbewegung, Professor Sering, im Verlag von Paul Parey ein Buch über „Die deutsche Wirtschaftskrise“ herausgebracht, das sich in außerordentlich interessanter Weise mit den Problemen der gegenwärtigen

Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf die deutsche Landwirtschaft

befähigt. Nicht in allen Punkten seiner Beweisführung wird man dem Verfasser zustimmen können. Man wird insbesondere die Frage offen lassen müssen, die Sering als entschieden ansieht und die ihm ein Grundpfeiler seiner für die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aufgestellten Thesen ist. Sering erklärt nämlich an Hand der von Großagrarern und ihren Interessenvertretungen veröffentlichten Buchführungsergebnisse, daß der Großgrundbesitz während der letzten Wirtschaftskrise viel schlechter abgezeichnet ist, als die eigentlich wertvolle Landwirtschaft, nämlich die mittleren und kleineren Bauern. Diese Darstellung wird sicherlich nicht unumstritten bleiben. Trotzdem ist sie für den Wirtschaftspolitiker — so paradox es klingen mag — ohne Belang. Denn auf den gleichen Statistiken bauen sich die Forderungen der Großlandwirtschaft auf. Sie gehen dahin, daß die ganze übrige Bevölkerung für die Aufrechterhaltung und Unterstützung des landwirtschaftlichen Großbetriebes eine

Sonderabgabe in der Form der Brot-, Fleisch- und Milchzölle zu entrichten hat. Und mit der Tatsache dieser Forderung, nicht mit ihrer statistischen Begründung hat der Wirtschaftspolitiker zu rechnen. Wenn die deutschen Großagrarier seit 47 Jahren immer wieder die gleiche Forderung erheben, immer wieder das

Opfer der Verbraucher für die Stützung des Großgrundbesitzes gebieterisch verlangen, so muß es dem Wirtschaftspolitiker gleich sein, wie sie dieses Argument begründen und ob nicht diese Begründung vielleicht eine falsche ist. Nach unserer festen Überzeugung sind die von der Interessentartikeln veröffentlichten Ergebnisse der Buchführung in den Großbetrieben unrichtig. Es wäre sonst ganz unverständlich, daß die Agrarier unangefochten behaupten, es gebe ihnen schlecht, sie könnten ihre Steuern und Zinsen nicht zahlen, während sie gleichzeitig große Mittel für ihre reaktionäre politische und wirtschaftliche Propaganda und für manche dunkleren Zwecke übrig haben. Es wäre auch unerklärlich, weshalb diese seit anderthalb Jahrzehnten bestehende „Krise“ der Agrarier, über die man von Jahr zu Jahr lauter schreit, nicht zu einer Aufhebung des Großgrundbesitzes geführt hat, sondern ihn im Gegenteil gestützt hat.

Aber die Großagrarier wollen ja, daß man ihre Beweisführung anerkennt. Wenn nun Sering diese für richtig hält, trotzdem aber zu Forderungen kommt, die durchaus mit denen der Arbeiterschaft übereinstimmen, so beweist das nur, daß selbst die Anerkennung der agrarischen Beweisführung nicht die grundsätzliche Richtigkeit unserer Auffassung in Frage stellt. Obwohl Sering der Meinung ist, daß der Großgrundbesitz in der Krise schlechter abgeschnitten ist, wie die kleineren und mittleren Bauern, obwohl er also in diesen (übrigens auch in anderen) Punkten durchaus mit den Vertretern der Schutzollpolitik einig geht, lehnt er auch nach der neuesten Entwicklung der deutschen Landwirtschaft den lückenlosen Zolltarif ab. Er begründet das eingehend mit seiner Schilderung der Entwicklung der deutschen Wirtschaftskrise und mit einer sorgfältigen Beobachtung der Vorgänge in der landwirtschaftlichen Produktion und auf dem Rohstoffmarkt. Wegen die Darstellung wären einige Einwendungen zu erheben, die hier nicht interessieren. Nachdem Sering aber die kritischen Zustände im Großgrundbesitz anerkennt, kommt er zu dem schon von der klassischen Nationalökonomie vertretenen Schluß, daß nur eine entsprechende

Verminderung des Großgrundbesitzes

zu einer Befreiung von den drückenden Schuldenlasten führen könne. Sering verweigert dabei seinen Moment seine gefühlsmäßige Zugehörigkeit zu der Gesellschaftsklasse, in deren Dienst seine langjährige Forschungsarbeit gestanden hat. Trotzdem sieht er den Ausweg aus der Krise, wie sie sich ihm darstellt, nur in einer Umorganisation der Landwirtschaft in der Richtung der großzügigen Bauernsiedlung. Wörtlich schreibt er hier:

Die deutschen Mittel- und Kleinbauern haben die schwere Agrarkrise in ganzem Maße ertragen. Es gibt Hunderttausende von Kleingrundbesitzern, welche die Gelegenheit ergreifen würden, um ihren Besitz abzurufen oder zu veräußern, um mit dem Erlös in den Großstädterbezirken sich selbstständig zu machen. Hunderttausende von Bauernhöfen und -höfchen stehen auf dem väterlichen Hof, ohne wolle beschäftigt zu sein. Es fehlt ihnen die früher gegebene Möglichkeit, in der Industrie oder in der bewaffneten Macht ein Unterkommen zu finden und einen eigenen Hausstand zu begründen. Dieses Heer von gutgeschulten Landwirten gilt es unter sorgfältiger Auswahl auszuheben und anzusiedeln. Die Innenkolonisation ist bisher wesentlich nur unter den Gesichtspunkten der Kräftigung des Volkstums, des Ausgleichs der sozialen Gegensätze und der politischen Sicherung betrieben worden. Jetzt gilt es, die deutsche Volkswirtschaft vom Boden her aufzurichten, eine Wiederrichtung der landwirtschaftlichen Produktion zu verbinden, vielmehr ihre Steigerung herbeizuführen. Soll die volkswirtschaftliche Aufgabe gelingen, so darf man sich nicht darauf beschränken, wie bisher 1000 bis 3000 neue Bauernhöfe im Jahr zu begründen.

Es müssen alljährlich 20 000 bis 30 000 neue selbständige Höfe errichtet werden.

Dies kann allerdings nur mit umfassender finanzieller Beihilfe des Reiches und der Länder geschehen. Barmittel sind auch auf den Bauernhöfen kaum zu finden. Mancher Vater oder wird bereit sein, eine Goldpfandbriefhypothek auf seinen Hof einzutragen zu lassen, um daraus dem Sohn oder der Tochter eine Anzahlung zu ermöglichen. Setz viele können ihre anstellungslustigen Kinder mit leben-

dem und totem Inventar, das von der Inflationszeit her reichlich vorhanden zu sein pflegt, ausstatten. Der auf das einfachste zu haltende Gehöftbau muß durch Hypotheken aus dem Ertrage der Hauszinssteuer ermöglicht werden. Diese nur mit 1 Proz. verzinslichen Hypotheken wurden bisher fast nur für die Erweiterung der schon übermäßig ausgebeuteten Städte verwendet. In einem armen Volke aber sollten Häuser der Regel nach nur da errichtet werden, wo zugleich die Güterproduktion vermehrt werden kann. Ist die Baufrage gelöst, so bleibt nur noch das Restaufgeld für den Boden zu begleichen. Seine Verzinsung wird keine zu großen Schwierigkeiten machen, wenn die Bodenpreise ganz entsprechend dem hohen Zinsfuß gesenkt sind. Die erforderlichen Mittel müssen vom Staate, wenn nicht beschafft, so garantiert werden. Nennenswerte Ausfälle sind nach allen Erfahrungen dabei nicht zu erwarten. Außerdem aber müssen einige Freijahre, frei von Zins und Amortisation, frei auch von Steuern des Reichs und der Länder gemährt werden. Ich schätze, daß für die Freijahre ein Aufwand von 20 bis 35 Millionen Mark und an Krediten für die Ansiedlung im ganzen jährlich bis 150 Millionen Mark erforderlich sein werden. Die ohne Zwang durchführbare

Innenkolonisation bringt die deutsche Agrarkrise von ihrer Hauptwurzel her zur Heilung.

Indem sie die überlasteten Großbetriebe durch Abstoßen von Land entschuldet oder durch Bauernhöfe ersetzt, beseitigt sie die wichtigste Ursache, welche die Agrarpreise in Deutschland unrentabel machte und weite Flächen in die Gefahr unwirtschaftlicher Extensivierung oder gar Verwüstung brachte. Die Errichtung und Ausstattung von 20 000 bis 30 000 Höfen im Jahre wird den Baumarkt beleben und vielen Arbeitslosen sofort Beschäftigung geben. Die Verdichtung des Volkstums, die Aufrechterhaltung und Mehrung der landwirtschaftlichen Produktion sichern der Industrie dauernd einen großen Absatz, sie festigt den Bau der ganzen Volkswirtschaft.

Diese Forderungen Serings scheinen uns wert, einer breiteren Öffentlichkeit, besonders von Arbeitern, zugänglich gemacht zu werden. Der Kenner des sozialdemokratischen Parteiprogramms und der sozialistischen Agrarbewegung wird deutlich die Zusammenhänge erkennen, die zwischen den hier vorgetragenen Gedankengängen und den sozialdemokratischen Forderungen und Anträgen im Reichstag bestehen: auch diese sind getragen von dem Wunsche, die landwirtschaftliche Produktionsproduktion durch die Stärkung eines arbeitsfähigen Bauernstandes zu fördern und zu steigern, ohne dabei den Konsumenten mehr zu belasten, als es zur Erreichung dieses volkswirtschaftlich richtigen Zieles notwendig ist.

Kapitalerhöhung der Disconto-Gesellschaft.

Die Direktion der Disconto-Gesellschaft wird im Hinblick auf die zunehmende Ausdehnung ihres Geschäftsbereiches zu einer Erhöhung ihres jetzt 100 Mill. Mark betragenden Kommanditkapitals schreiten und zu diesem Zwecke schon in den nächsten Tagen eine außerordentliche Generalversammlung einberufen.

Die Kapitalerhöhung ist mit 35 Mill. Mark in Aussicht genommen, doch sind hieron nur 25 Mill. Mark für den deutschen Markt bestimmt. 20 Mill. Mark der neuen Anteile sollen den alten Anteilseignern im Verhältnis von 5:1 zu einem Kurse von 130 Prozent zum Bezüge angeboten werden. Von den restlichen 15 Mill. Mark werden 10 Mill. Mark von dem amerikanischen Bankhaus Dillon Read u. Co. in New York mit einem vereinbarten Abschlag gegen den Tageskurs mit gewissen Sicherungen fest übernommen. Dem amerikanischen Bankhaus ist eine Option auf weitere 2 Mill. Mark junger Anteile eingeräumt worden. Die restlichen 3 Mill. Mark Anteile bleiben zur Verfügung der Verwaltung, doch ist nicht beabsichtigt, diese Anteile in nächster Zeit an den Markt zu bringen.

Durch die Kapitalerhöhung werden nicht nur das Grundkapital der Disconto-Gesellschaft eine erhebliche Erhöhung erfahren, sondern auch die offenen Reserven, welche heute, ohne Berücksichtigung der offenen Reserven der Norddeutschen Bank und des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, nach Übernahme der Bank für Thüringen sich auf 36 100 000 M. belaufen.

Der Aufschwung der Kreditgenossenschaften.

Aus dem Referat des Anwalts Professor Dr. Stein auf der 63. Genossenschaftstagung des Deutschen Genossenschaftsverbandes über die Aufgaben des Verbandes ging hervor, daß die Bilanzen bereits für das Jahr 1925 für die Mehrzahl der Genossenschaften eine steigende Wiedererstarbung zeigen.

Die Bilanzsummen, die entscheidenden Ziffern für die Geschäftstätigkeit der Kreditgenossenschaften, zeigen folgende Entwicklung:

Gesamtkapital 1913: 2,17 Milliarden Mark, 1924: 0,39 Milliarden Mark, 1925: 0,67 Milliarden Mark, 30. Juni 1926: 0,09 bis 1 Milliarde Mark (geschätzt).

Das eigene Vermögen (geschätzte Guthaben und Reserven) hat folgenden Entwicklungsgang: 1913: 490 Millionen Mark, 1924: 80 Millionen Mark, 1925: 125 Millionen Mark, 30. Juni 1926: 135 bis 140 Millionen Mark, bei 526 berichtenden Genossenschaften.

An Spareinlagen hatten diese Kreditgenossenschaften 1913: 1434 Millionen Mark, 1924: 96 Millionen Mark, 1925: 252 Millionen Mark, 30. Juni 1926: 320 Millionen Mark (geschätzt).

Die Umsätze allein im Jahre 1925 mit 21 Milliarden Mark der Ziffer im Jahre 1913 mit 22 Milliarden Mark nahezu gleichgekommen. Auch die Bankkredite waren im Jahre 1925 im starken Abbau begriffen.

Die Kreditgenossenschaften haben beträchtliche Bankguthaben angehäuft. Bei den genossenschaftlichen Zentralkassen ist die Steigerung der Geschäftstätigkeit gleichermäßen fortgeschritten. Von den 15 berichtenden Zentralkassen haben 10 einen Umsatz von mehr als 100 Millionen Reichsmark erreicht gegen 4 Millionen im Vorjahre. Eine Zentralkasse hat die Bilanzsumme von 1 1/2 Milliarden Reichsmark überschritten.

Bei den Handelsgenossenschaften ist die Entwicklung nicht so günstig, aber auch bei ihnen ist im Durchschnitt das Eigenkapital, sind die Umsätze, die Roh- und Reingewinne gewachsen.

Beträchtliche Steigerung wiesen die großen Einkaufsgenossenschaften des Handwerks auf, bei den Baugenossenschaften ist ein Wachsen der Reserven und der Geschäftsguthaben festzustellen.

In den Genossenschaften des Deutschen Genossenschaftsverbandes sind alles in allem 1,3 Millionen Mitglieder organisiert, davon in den Kreditgenossenschaften 1 Million, in den Baugenossenschaften 250 000, der Rest entfällt in der Hauptsache auf die Baugenossenschaften.

Ein belgisch-französisches Kohlenabkommen.

Zwischen Frankreich und Belgien werden zurzeit Verhandlungen geführt, die ein Abkommen über gegenseitige Kohlenlieferungen zum Ziele haben. Infolge der durch den englischen Bergarbeiterstreik veränderten Lage will man versuchen, einen gewissen Ausgleich zwischen belgischer und französischer Kohle zu erzielen, und zwar wünscht Belgien eine stärkere Einfuhr von Gas Kohlen aus Frankreich, während Frankreich seinerseits mehr Kohlen zu Hausbrandzwecken aus Belgien benötigt. In den nächsten Tagen wird eine Zusammenkunft der leitenden Persönlichkeiten in dieser Frage stattfinden, bei der der Modus der Zusammenarbeit festgelegt werden soll.

Der Kampf zwischen dem Chilealpeter und dem künstlichen Stickstoff.

Seit es den Deutschen Haber und Bosch gelungen ist, Stickstoff bzw. Ammoniak oder Ammoniumsulfat auf künstlichem Wege herzustellen, hat dieser synthetische Stickstoff immer größere Teile des Weltstickstoffmarktes erobert. Während noch 1913 in sämtlichen Ländern nur 7000 Tonnen Stickstoff künstlich hergestellt wurden, waren es 1923 bereits 320 000 Tonnen, und 1927 wird die Weltproduktion an künstlichem Stickstoff schätzungsweise 550 000 bis 600 000 Tonnen erreicht haben. Deutschland ist das führende Land in der Herstellung von synthetischem Stickstoff. Seine Produktion kann für das Jahr 1926/27 auf 540 000 Tonnen geschätzt werden, so daß, wenn man die anderweitige Stickstoffherzeugung hinzurechnet, etwa 600 000 Tonnen Stickstoff in Deutschland erzeugt werden. Davon wurden 1925 fast 3 1/2 Millionen Doppelzentner Ammoniumsulfat ausgeführt, d. h. 3/4 mal soviel als 1924. Demgegenüber nahm natürlich die Einfuhr von Chilealpeter beträchtlich ab. Sie betrug 1925 nur noch 24 500 Tonnen gegenüber 950 000 Tonnen 1913. Auch in anderen Ländern ist der Absatz von Chilealpeter gesunken. Von Juli 1925 bis Juli 1926 wurden etwa 2 Millionen Tonnen Chilealpeter abgesetzt, d. h. 350 000 Tonnen weniger als ein Jahr zuvor. Diese Zurückdrängung des natürlichen Stickstoffes beruht vor allem auf der größeren Billigkeit des synthetischen Stickstoffes. Der Preis für ein Kilogramm des letzteren stellte sich auf 0,90 bis 1 M., während der natürliche Stickstoff 1,20 bis 1,25 M. kostete. Trotzdem wird der Chilealpeter nicht völlig vom Weltmarkt verdrängt werden. Einmal, weil er sich besonders gut zur Düngung in trockenen, heißen Gegenden eignet, zum anderen, weil er von den Pflanzen besser ausgenutzt werden kann. Der künstliche Stickstoff kann im Vergleich mit dem natürlichen nur zu 61 Proz. ausgenutzt werden. Nur ein sehr niedriger Preis für künstlichen Stickstoff könnte diese Vorteile völlig aufheben. Voraussetzungen sind früher oder später eine Verständigung zwischen den Stickstoffproduzenten der Welt über die Absatzmärkte erzielt werden. Allerdings war die im Jahre 1921 angebahnte Verständigung noch an dem Widerstand der chilenischen Produzenten gescheitert.

Reichsbank. Der Ausweis der Reichsbank vom 14. August ergibt, daß die gesamte Kapitalanlage der Bank nur um 15,6 Millionen Reichsmark auf 1208,7 Millionen Reichsmark abgenommen hat. Dagegen vermehrten sich die fremden Gelder der Bank um 102,5 Millionen auf 703 Millionen Mark. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen zeigen eine Verminderung um 81 Millionen Mark auf 1808,4 Millionen Mark. Von dieser Verminderung seien die Goldbestände nicht betroffen, die sogar eine geringfügige Zunahme von 45 000 Reichsmark aufweisen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 50,2 Proz. am Ende der Vormonats auf 52,2 Proz., die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen zusammen ging dagegen von 66,6 Proz. auf 66,3 Proz. zurück.

Auslandsanleihe des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes. Nachdem die Beratungsstelle für Auslandsanleihe beim Reichsfinanzministerium den Plan befürwortet hat, hat der Deutsche Sparfassen- und Giro-Verband vorbehaltlich der staatlichen Genehmigung den zweiten Teil seiner Auslandsanleihe im Betrage von 8 Millionen Dollar mit dem Bankhaus Harris Forbes and Co., New York, abgeschlossen. Der Uebernahmepreis für diesen zweiten Teil der Anleihe stellt sich auf 93 1/2 Proz. gegen 90 Proz. des ersten Teiles der Auslandsanleihe. Diese Verbesserung der Uebernahmepreises soll jedoch allen an der Auslandsanleihe des Deutschen Sparfassen- und Giro-Verbandes (erster und zweiter Teil) beteiligten Kommunalverbänden im Verhältnis ihrer Beteiligung zufließen. In der Auslandsanleihe sind 188 Städte, Landgemeinden und Zweckverbände beteiligt.

Werden die Nahrungsmittelzölle vom Inland oder vom Ausland getragen? Bei den Zollserhöhungen werden die Verbraucher von den Regierungen vielfach mit dem Hinweis vertröstet, daß die Zollbelastung gar nicht oder bloß zum Teil von ihnen getragen werden muß, während im übrigen die ausländischen Verkäufer die Zölle selbst zu tragen hätten. Solche verhänglichen Behauptungen können freilich nur auf Grund eingehender Untersuchungen entkräftet werden. In bezug auf den schweizerischen Zolltarif unternahm Dr. A. Reichlin in seiner Arbeit über die Wertvollbelastung der schweizerischen Einfuhr, zu zeigen, daß in der schweizerischen Einfuhr von Nahrungsmitteln nur in wenigen Ausnahmefällen eine Ueberwälzung auf das Ausland bzw. eine nicht volle Auswirkung auf den schweizerischen Konsum erfolge. Er gelangt zu dem Schluß, daß die Nahrungsmittel der schweizerischen Bevölkerung durch die geltenden Zölle bei gleicher Preislage wie 1923 um 10 bis 12 Prozent verteuert werden. Auch sucht er die mittelbaren Zollwirkungen, die ebenfalls zu Preissteigerungen führen, darzustellen. So führen z. B. die hohen Zölle auf Vieh und Fleisch zur Vertierung der Milch — in dem Milchland Schweiz hat man die höchsten Milchpreise — indem die Landwirte statt Milch lieber Vieh und Fleisch produzieren. Der amtliche Bericht der schweizerischen Regierung trachtete diese Darstellung zu entkräften und zu beweisen, daß die Belastung der Konsumenten durch die Nahrungsmittelzölle im allgemeinen nur 11 Prozent, unter Berücksichtigung besonderer Umstände jedoch, welche die Ueberwälzung des Zolles auf das Ausland bewirken, „nur“ 8 Prozent beträgt. Dr. Reichlin zeigt nun im letzten Heft der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, daß dieser Gegenbeweis vollkommen unrichtig sei und nur bestätige, daß Regierungen in Zollfragen vollkommen Partei sind. Es ist daher erwünscht, daß die Frage der Zollüberwälzung von unabhängigen Wirtschaftswissenschaftlern untersucht würde.

Aus der Berliner Metallindustrie. Anlässlich des Geschäftsberichts der Eisengießerei A.-G. vorm. Renling u. Thomas wiesen wir darauf hin, daß die Firma in den Zeiten der Wirtschaftskrise nicht genug darauf bedacht war, ihren Betrieb rationell zu gestalten. Diese Gesellschaft hat neue Angliederungen vorgenommen und dadurch sehr große Verluste gehabt. Wie berechtigt diese Kritik ist, geht daraus hervor, daß ihre wesentliche Konkurrenz, die zum AEG-Konzern gehörende Hartung A.-G. Berlin-Lichtenberg, durch Anschaffung arbeitssparender Maschinen und Einrichtungen, die neben wesentlicher Verbesserung der Qualität eine erhebliche Senkung der Herstellungskosten ermöglichten, einen Reingewinn von 182 140 M. auf das Aktienkapital von 3 Millionen erzielte und daraus eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung bringt. Das Unternehmen hat sich mit der landwirtschaftlichen Maschinen herstellenden Enth-Leser Maschinenfabrik A.-G., an der es beteiligt war, fusioniert. — Die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres litten, nach den Mitteilungen in der Generalversammlung, durch schwachen Absatz in Landmaschinen und durch geringe Beschäftigung in der Maschinenindustrie. Neuerdings hat sich das Geschäft belebt, so daß die Gießerei ausreichend mit Aufträgen versehen ist.

Bekämpfung der Forstschädlinge mit Flugzeugen. Im vorigen Jahr hat die Chemische Fabrik E. Werd-Dornstadt in Gemeinschaft mit der Junkers-Flugzeugwerke L.-G. Dessau, umfangreiche Versuche mit Erfolg durchgeführt, und zwar wurde das bereits aus dem Weinbau bekannte Mittel Ecturmit mit Hilfe eines besonders konstruierten Verteilungsapparates auf die Wälder verstreut. Nachdem Werd-Dornstadt bereits für die preussische Regierung und die Regierung Mecklenburg-Strelitz größere Aufträge auf mehreren tausend Hektar Waldbestand mit zufriedenstellendem Erfolg in diesem Jahre erledigt haben, hat auch die bayerische Regierung der Firmengruppe mehrere Aufträge erteilt.

Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Verkauf des französischen Fündholzmonopols. Wie aus Paris gemeldet wird, ist man neuerdings dem von dem schwedischen Fündholztrust gemachten Angebot auf Uebernahme des französischen Fündholzmonopols wieder nähergetreten. Bekanntlich hatte der schwedische Trust bereits während der Ministerchaft Caillaux ein solches Angebot gemacht, das dann infolge des Wechsels der Ministerien nicht weiter verfolgt worden ist.

Die Uhr.

Von Georges Maurevert.

Nicht Euch nicht lächerlich mit Euren Behauptungen! Paris soll schlaff und entnerot sein? Paris bleibt Paris, das Substrat aller Tugenden und aller Laster, alles Häßlichen und alles Schönen, aller Schande und allen Heldentums! ... Nur muß man das alles zu entdecken wissen! Es ist eine harte Arbeit, aber sie lohnt! Ich kann da etwas mitreden, meine lieben Freunde! Ich habe Rezonville, Gravelotte und Orléans mitgemacht, habe die Kommune bekämpft!

Alle im Klub wußten, daß das beste Mittel, aus dem alten Soldaten eine Geschichte herauszulocken, war, ihn seinen Betrachtungen zu überlassen. Auch diesmal gelang der Trick.

„Paris entnerot, schlaff, Paris!“ knurrte er leise vor sich hin... Ich möchte Euch mal sehen, Euch allefami! — Als es sich für die Verfallser darum handelte, Paris zurückzunehmen, Paris!... Viertel für Viertel!... Strafe für Strafe... Haus für Haus... Da hättet Ihr sehen können, ob Paris entnerot ist, wie Ihr sagt... Und wenn nur Männer gegen uns gewesen wären, das wäre noch angegangen... Es war schon sehr schlimm, daß man gegen seine eigenen Landsleute feuern mußte, nachdem man es sechs Monate gegen die Preußen getan hatte... aber es gab da auch Greise, Frauen und mutige Mädchen, — Kinder! Wenn ich Rheumatismus im linken Arm habe, so verdanke ich das einer schönen Teufelin von Mädchen, die mit wehenden Haaren, wogendem Busen — mein Schnurrbart gefiel ihr — eine drollige Geschichte übrigen, die ich Euch einmal erzählen muß — mir von einer Barrikade einen Chassepotschuß in die Schulter jagte — Sogar Kinder waren dabei. Ja, hört mir zu und sagt mir, ob Euch das nicht einen weihenollen Begriff von herzzerreißendem Heldentum gibt, das man an jeder Straßenecke in diesen Tagen des verfluchten Aufstands entdecken konnte!... Es war am Donnerstag, den 25. Mai — zwei Tage, bevor ich von der Amazone, von der ich eben sprach, verwundet wurde. Ich war damals Kapitän im 6. Regiment, Korps Clinchant. Die Rue de Rivoli war kaum wiedergewonnen, mit welchen Anstrengungen, weiß Gott allein!... Ich habe da an der Rue de l'Oratoire du Louvre einen meiner besten Freunde, den Leutnant Médard, gelassen, der wie ein Löwe den ganzen Feldzug gekämpft hat, ohne daß ihm das Geringste widerfahren ist, und den eine dumme Kugel, als er auf einer Barrikade die Fahne hießte, sofort niederstreckte. Es handelte sich für uns darum, bis zu den Places von Château d'Eau und la Bastille vorzudringen, um die Kommunisten mit Hilfe der Korps Admiral, Ciffen und Binoy in die Stadtviertel von Belleville und Réinmontant zurückzudrängen. Auf dem Plan ist das alles ein Kinderpiel, aber in Wirklichkeit war es die Hölle. Die Kräfte des 5. Korps wußten eine ähnliche Aktion im 3. Arrondissement in den engen, verfallenen Gassen des alten Paris auszuführen, in den Straßen Saint Martin, Beaubourg, du Temple, des Arcades, Bielle du Temple usw. Wahre Mördergruben, besonders damals...

Meine Kompanie hatte Befehl, die Rue du Temple zu reinigen, einen Schlupfwinkel der Aufständischen... Barrikaden alle hundert Meter, an allen Ecken der Straßen, die wir stürmen oder mit dem Bajonett eine nach der anderen ausheben mußten. Die Soldaten durchsuchten alle Häuser, die nicht ihre Türen und Fenster offen stehen hatten... Schwarzes Pulver an den Händen, militärische Abzeichen genügend, um die Leute allefami zu verurteilen. Fürsibar! Die meisten starben bewunderungswürdig... Ein Mädchen auf den Lippen stellte sie sich selbst an die Mauer, entblößte die Brust... Arrraan! Und man ging weiter.

Wir hatten die Barrikade der Rue Montmorency und Chapon heruntergerissen. Die Insurgenten hatten sich am Square du Temple zusammengedrängt.

Es war 2 Uhr nachmittags, die Sonne brannte heiß. Ich erinnere mich noch, uns rann der Schweiß über die Gesichter. Um uns einen Augenblick auszuruhen, und einen Bissen zu genießen, machten wir hinter der Barrikade in der Rue Chapon halt. Aus den Nachbarstraßen hörte man feuern.

Der Ort, an dem wir uns befanden, schien relativ ruhig, aber wir waren auf unserer Hut — und die Gewehre waren geladen. Höflich sahen wir im Laufschrift den Posten, der die Straßen Passourelle und Grapilliers bewachen sollte, heranziehen.

„Achtung, Herr Hauptmann! Eine Bande kommt aus der Rue Passourelles!“ Ich befahl meinen Leuten, sich hinter der Barrikade still zu verhalten und die Ereignisse abzuwarten.

Ich erkletterte die Barrikade, die in der Gasse aus Pflastersteinen, Mauerwerk und Bogenteilen errichtet worden war, sah die Posten hinter einer Schießscharte zwischen zwei Steinen und einer Matratze und wartete...

Ein Bengel von fünfzehn Jahren erschien an der Ecke der Rue Passourelle. Er trug ein Käppi der Rationalgarde, und seine blaue Bluse war von einem roten Gürtel gehalten, in dem ein Revolver und ein Säbelbajonett steckte... In der Hand trug er ein Gewehr.

Die Straße, die mit Leichen und Kommunisten bedeckt war, erschien ruhig... Das ließ ihn zweifellos glauben, daß die Barrikade verlassen wäre und daß wir durch die Rue Montmorency oder Handlrettes abgerückt seien.

Er gab ein Zeichen, und ich sah plötzlich etwa fünfzig Insurgenten auftauchen... Sie hielten eine kurze Beratung ab, dann stürmte der Junge vor.

Ich sehe ihn noch vor mir, wie er voller Sorglosigkeit auf die Barrikade losstürmte, ganz stolz über seine Bedeutung. Meine Leute warteten dahinter, die Hand an die Flinten gelegt... Ich winkte ihnen mit der Hand ab und gebot ihnen mit einem Augenblinzeln Ruhe.

In zwei Sätzen hatte der Bengel die Barrikade erklettert — und blieb wie versteinert stehen, als er uns bemerkte... „Schrei nicht, oder du bist des Todes!“

Ich machte mir seinen Schreck zunutze, ergriff ihn an einem Fuß und warf ihn hinter die Barrikade zu meinen Leuten. Aber — bevor man ihn noch daran hindern konnte, sprang er auf und schrie, die Hände als Sprachrohr benutzend, aus Leibeskräften: „Zurück! Feinde!“

Und während die Soldaten die Barrikade erkletterten, waren die Kommunisten verschwunden, gerettet durch den infamen Bengel. Zwei Männer hatten ihn entwaffnet und hielten ihn fest. Er war der Typ eines Pariser Gassenjungen, blond, sommerprossig, mit Stupsnase und frechem heißen Blick!

Er spöttelte in seinem Vorstadtjargon: „O weh, o weh! Welch Pech!... Ich wollte gerade nach Hause laufen!... Ich wohne hier nebenan in der Saint Koopegasse...“

„So, du wolltest nach Hause, du Bengel?“ sagte ich zu ihm.

„Was wolltest du denn dort damit anfangen?“

Ich zeigte dabei auf seine kriegerische Ausrüstung: Revolver, Säbel, Gewehr...

„Ach, wissen Sie, Herr Hauptmann,“ erwiderte er scherzend, „manchmal kommt man in schlechte Gesellschaft!“

„Dein Fall liegt ganz klar!“ sagte ich, um zu Ende zu kommen, „rauf an die Wand!...“

Schlecht maskiert!



Nur ein Schaf kann sich täuschen lassen!

Die Befehle lauteten ausdrücklich: Jeder Aufständische, der bewaffnet angetroffen wurde, muß sofort erschossen werden. Meine Leute zielten schon... da wandte der Bengel sich zu mir:

„Hören Sie, Herr Hauptmann, es ist wirklich kein Schwindel, was ich Ihnen da sage. Ich wollte gern nach Hause, hier ist der Beweis...“

Und er zieht aus seiner Tasche eine alte silberne Uhr, die in Papier eingewickelt ist.

„Es ist die Uhr meiner Mutter, sie ist hier nebenan Portierfrau... Sie hat sie bei dem Uhrmacher in der Rue Portefoin zur Reparatur gehabt, und ich habe sie ihr eben abgeholt... Darf ich sie ihr noch bringen? ... In zwei Minuten bin ich wieder da.“

„Du kommst mich meinen Kopf kosten, Junge...“

„Ich schwöre es Ihnen Herr Hauptmann, ich komme gleich wieder.“

„Du wirst mir hier Märchen erzählen! Deine Mutter läßt dich doch nicht wiederkommen.“

„Aber denken Sie denn, daß ich ihr etwas davon sage?“

Verdammter Bengel! ... Er schien aufrichtig zu sein, und ein Mitleid stieg in mir auf... So jung und sterben! ...

„Allo,“ sagte ich, ganz sicher, daß ich ihn nicht wiedersehen würde, „erlebige das noch und komme dann wieder...“

„Aber rasch!“

„Ich danke Ihnen, Herr Hauptmann...“

Und er lief wie ein Befessener in die Saint Koopegasse.

„Sie haben Unrecht getan, Herr Hauptmann!“ sagte ein Leutnant zu mir, „diese Bengel sind oft gefährlicher als Männer. Das muß man im Reim erkunden...“

„Aber mein Lieber, etwas mehr Menschlichkeit, zum Teufel! ... In diesem Alter hat man noch keine Verantwortung... Weiß er denn überhaupt, was er tut? Wir müssen weiter, vorwärts!“

Die Soldaten rafften ihre Sägen zusammen und machten sich zum Abmarsch bereit...

„Hier bin ich, Herr Hauptmann, hier bin ich! Hat man mich vergessen? ... Ich bitte um Verzeihung, man ließ mich nicht gleich wieder fort.“

Ich wandte mich um... Er stand vor mir, der unglückliche Bengel, ganz rot im Gesicht, offen und aufrichtig.

„Hier bin ich!“

Ich ging zu ihm und legte ihm die Hand auf die Schulter. Er glaubte zweifellos, daß ich ihm das Gesicht fortbrechen wollte, um ihn von rückwärts zu erschrecken. Er sah mich vorwurfsvoll an, Tränen standen an seinen Wimpern.

„O, Herr Hauptmann ich habe keine Angst.“

„Ich weiß es, du Lump, ich weiß es!“

Ich stieß ihn vor mir her und gab ihm einen ordentlichen Tritt.

„Daß dich wo anders herunterschleßen. Rasch, fort, aber so rasch du laufen kannst.“

Und diesmal ging er langsam, ohne sich zu beeilen, die Hände in den Taschen, sah sich hin und wieder nach mir um, und fragte sich wohl, was es bedeuten sollte, alle diese Ungerechtigkeiten und falschen Rechtsbegriffe.

O du Beonidas der Strafe, Held der Gasse!

Die Zukunft, meine Herren, wird dem gehören, der diese herrlichen, mehr unwissenden als schlechten Kräfte zu nutzen versteht.“

(Berechtigter Uebersetzung von Alice Reumann.)

Mehr Süßigkeiten! In Amerika hat die Vereinigung der Konfektfabrikanten eine Million Dollar für einen Propagandafeldzug ausgemessen, der die amerikanische Nation auffordern soll, mehr Süßigkeiten, Konfekt, Pralinen, Schokoladen usw. zu vertilgen. Die Fabrikanten beabsichtigen, Gutachten von medizinischen Autoritäten ins Feld zu führen, aus denen hervorgeht, daß der Genuß solcher Dinge für die Gesundheit außerordentlich nützlich ist. Uebrigens haben die Amerikaner schon bis jetzt keinen geringen Konsum an Konfekt gehabt; der Betrag, der im Jahre 1925 hierfür ausgegeben wurde, wird auf 750 Millionen Dollar geschätzt.

Die „Riesendrach“ Ostindiens.

Die Gerüchte, daß es in Hollandisch-Ostindien riesige „Drachen“ gäbe, haben vor dem Kriege großes Aufsehen und noch mehr Un- gläubigkeit hervorgewirkt. Die Möglichkeit des Vorhandenseins solcher Riesendrachens konnte auch von der Wissenschaft nicht geleugnet werden, denn es gab in der Urzeit Eidechsen von 20 und 30 Fuß Länge, und ihre kleineren Nachkommen leben noch heute. Die „Kabra Gona“ von Ceylon und der sogenannte gestreifte Monitor von Ostindien erreichen beide eine Länge von 9 Fuß, und ein Exemplar der letzteren Gattung von 7 Fuß 7 Zoll Länge befindet sich im Londoner Zoologischen Garten. Aber selbst der gestreifte Monitor ist unbedeutend im Vergleich zu der Rieseneidechse derselben Familie, die bis 1912 nur einigen wenigen Zoologen bekannt war.

Die Gerüchte von einer Drachenart, die in Höhlen im Innern der Insel Komodo im Molaischen Archipel leben sollte, wurde 1912 durch einen nüchternen Bericht bestätigt, den der holländische Naturforscher Dumens in der Zeitschrift des Botanischen Gartens von Buitenzorg auf Java veröffentlichte. Komodo ist ein sehr dünn bevölkertes, baumloses Inselnland, das zwischen den größeren Inseln Flores und Sumbawa liegt. Es ist von den größeren Inseln durch zwei sehr gefährliche Meeresströme getrennt, durch die die Gezeiten zweimal täglich mit gewaltiger Schnelligkeit rasen. Da es hier keinen guten Landungsplatz gibt, so wurde die Insel nur selten besucht, und die Drachen, die bis 30 Fuß lang und sehr gefährlich sein sollten, blieben lange eine Märe. Dumens gab eine einfache Erzählung von Tatzelohren. Zwei Holländer, einer von ihnen ein Beamter von Flores, hatten Komodo besucht, zwei kleine Drachen geschossen und das Vorhandensein viel größerer Exemplare festgestellt. Ein japanischer Sammler hatte dann ein 9 Fuß langes Tier getötet und zwei Junge, wenig über 3 Fuß lang, mitgebracht, die in der Gefangenschaft bis zu 8 Fuß heranwuchsen. Die Haut des getöteten Tieres wurde nach dem Naturhistorischen Museum von Leiden geschickt. Dumens nannte diese neue Art, die zu der Eidechsenfamilie der Varanen gehört, „Varanus komodensis“.

Der Krieg lenkte die Aufmerksamkeit von diesem Drachengeschlecht ab. Nunmehr hat aber eine amerikanische wissenschaftliche Expedition die Riesendrach der Insel Komodo genau erforscht und nach einem Bericht der „Times“ die Angaben von Dumens bestätigt. Man hat mehrere Exemplare von 13 Fuß Länge erlegt; Tiere von 20 Fuß Länge gesehen und über ihre Lebensweise reiches Material gesammelt. Daß die größten Exemplare nicht geschossen werden konnten, liegt daran, daß die Eingeborenen den Jägern jede Hilfe verweigerten. Man fürchtet nämlich die ungeheure Kraft und Wut dieser Tiere, die imstande sind, die halbwildigen Pferde der Insel zu töten und zuweilen mehrere zusammen Wüdeber besiegen. Ihre langen gelben Zungen, die gezackten Kämme auf ihren Rücken und Schwänzen, ihre Gewohnheit, sich des Nachts in Höhlen und Löhern zurückzuziehen, stimmen durchaus mit den mittelalterlichen Berichten über die Erscheinung und Gewohnheiten der Drachen überein.

Alle Eidechsen der Varanenfamilie sind gefährlich, auch wenn sie viel kleiner sind. Sie benutzen ihre kräftigen Schwänze als Waffe, um andere Tiere zu fangen, und können mit einem Schlag leicht einem Menschen die Beine zerbrechen. Sie sind sehr schnell, und ihr Biß ist fürchterlich; außerdem gebrauchen sie ihre gefährlichen Klauen. Jäger, die diese Tiere kennen, stimmen darin überein, daß man leichter ein Krokodil als solch eine Eidechse fangen kann. Monitorrechen von 4 Fuß Länge verschlucken mehrere Ratten ganz, und die Komododrachens werden durch ihre Stärke und ihre Klauen dem Großwild gefährlich. Während des Krieges besuchten zwei deutsche Sammler Komodo auf einem molaischen Segelboot und hatten das Glück, einen 16 Fuß langen Drachen zu erlegen. Aber als sie das Ungeheuer an Bord des Schiffes gebracht hatten, wurde es wieder lebendig, zerriß seine Fesseln, brachte das Boot zum Kentern, so daß die Insassen fast ertrunken wären, und verschwand im Meer. Da man fürchtet, daß man nach dem Bekanntwerden dieser Drachenart ihre Ausrottung als einen gefährlichen Sport betreiben könnte, will die holländische Regierung die Tiere, die nur auf der kleinen Insel Komodo und auf Labuan Baijo, dem westlichen Ausläufer von Flores, vorkommen, unter Schutz stellen, um diese letzten Nachkommen der vorhistorischen Drachen zu erhalten.

Wandlungen des Klimas.

Die letzten Jahre und sogar Jahrzehnte haben eine so starke Verschiebung der warmen Sommer und der kalten Winter gezeigt, daß man bisweilen eine vollkommene Veränderung unseres Klimas annehmen konnte. Der schwedische Astronom Swanse Arrhenius vertritt in seinem Buche „Erde und Weltall“ die Meinung, daß diese Wandlung des Klimas durch die Schwankungen des Kohlenstoffgehalts der Luft hervorgerufen werden. Diese Schwankungen sind vor allem während starker vulkanischer Zeiten eingetreten, weil ja die Gasmassen, die aus dem Erdinnern kommen, hauptsächlich aus Wasserdampf und Kohlenäure bestehen. Auch die Geologen teilen die Ansicht, daß das Klima durch das Freiwerden enormer Gasmassen in vulkanischen Epochen wärmer gewesen sei. Das Kohlenäuregas besitzt die Eigenschaft, die Wärmestrahlung entweder zu verflüchten oder zurückzuwerfen; es läßt sie also nicht in den Äther entweichen. Andererseits läßt es die Lichtstrahlen durch, ohne sich zu erwärmen. Die Kohlenäure und der Wasserdampf lassen die Lichtstrahlen der Sonne ungehindert auf die Erde gelangen, aber nicht die von der erwärmten Erde ausgehenden Wärmestrahlung in den Luftraum hinausgehen.

Arrhenius hat nun berechnet, daß ein Verschwinden der geringen Kohlenäurebeimengung der Luft eine Erniedrigung der Temperatur auf der Erde um etwa 21 Grad bedeuten würde. Die mittlere Temperatur würde dann auf 9 Grad Kälte herabsinken. Die Folge davon wäre eine solche Verminderung des Wasserdampfes in der Luft, daß der wesentliche Wärmeschutz der Erde verschwinden und damit die Abkühlung der Erde bis auf 40 Grad Kälte sinken würde. Je nach der Vermehrung oder Verringerung der Kohlenäuremenge in der Luft gehen wir demnach kälteren oder wärmeren Zeiten entgegen. Bei der Annäherung einer tropischen Zeit würde sich wahrscheinlich eine starke Wolkenschicht über der Erde lagern, die die Sonnenwärme in den oberen Luftschichten zurückhält, so daß auf dem Erdboden eine starke Luftbewegung vorhanden wäre.

Nach Arrhenius sprechen manche Anzeichen für eine Zunahme des Kohlenäuregehalts der Luft in der letzten Zeit. Es zeigt sich aber, daß dieser Kohlenäuregehalt über dem Meere um 10 Proz. geringer ist als über dem Festlande. Das Meer verbraucht mehr Kohlenäure, aber früher mit einer Luft in Verbindung gestanden, die ärmer an Kohlenäure war. Demnach scheint das Klima in Westeuropa wohl etwas wärmer zu werden, weil es mehr Seeclima wird. Die Gletscherbildungen in den Alpen gehen in der Tat fast alle zurück, auch die Spitzbergen und der Bäreninsel wurde in den letzten Jahren ebenfalls ein bedeutender Rückgang der Gletscherbildungen beobachtet. Sicher würde die augenblicklich anscheinend vorhandene Zunahme der Kohlenäuremenge der Luft sich bemerkbar machen, wenn nicht das Meer so viel davon verbrauchte. Auch die Zerlegung der Kohlenäure der Luft durch die Pflanzen reguliert diese Veränderung sehr stark, so daß ganz wesentliche Wandlungen des Klimas einstweilen noch nicht bevorzugen dürften. Immerhin ist nach Arrhenius die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß in den kommenden Jahrzehnten die Winter etwas wärmer, die Sommer etwas kälter werden.

